Coester, Robert
Die Loslösung Posens

DD
491
P88C6

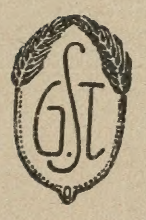


Die Loslösung Posens

von

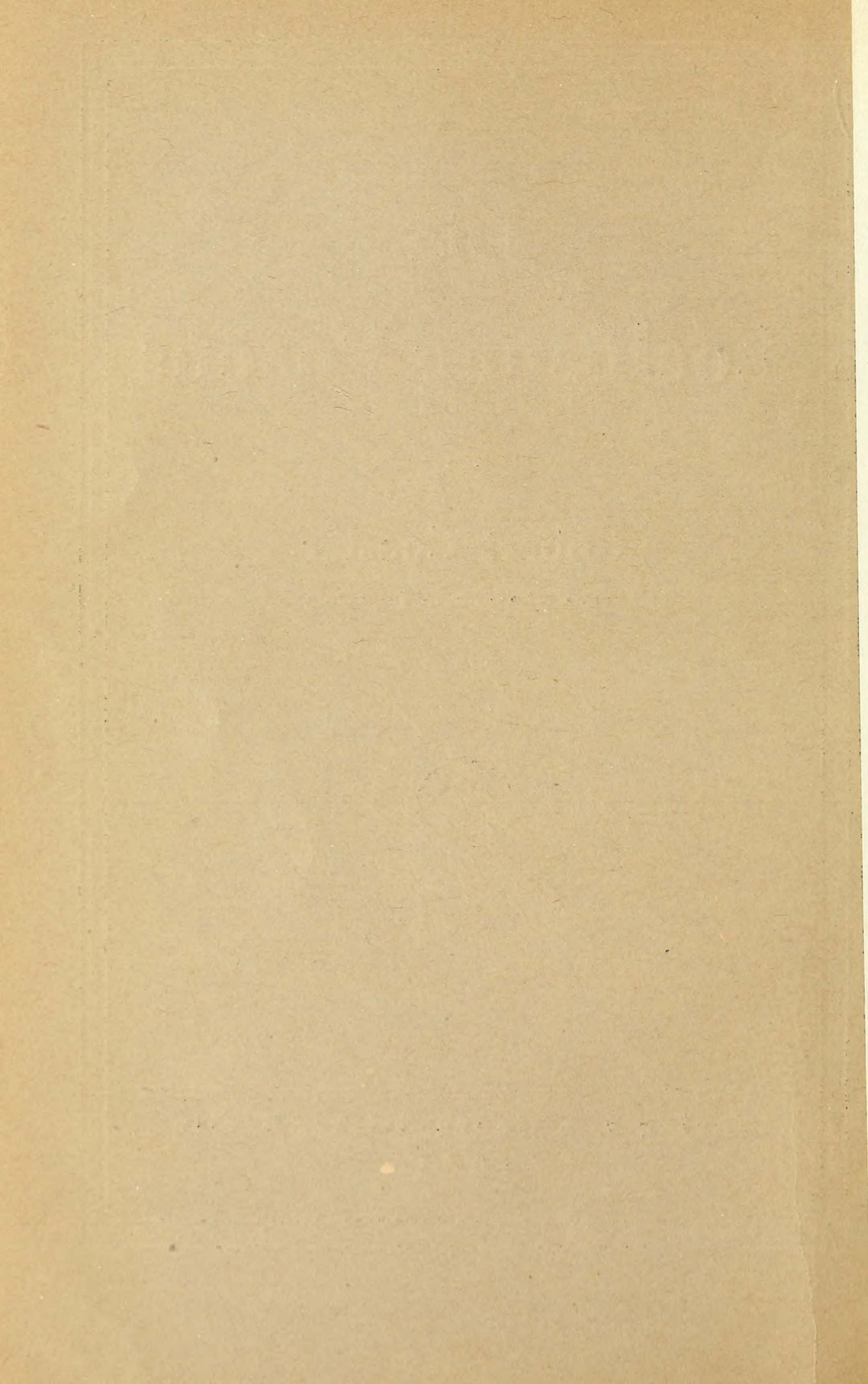
Robert Coester

vormals Landrat in Jarotschin.



Verlag von Georg Stilke, Berlin

1921



Die Loslösung Posens

von

Robert Coester

vormals Landrat in Jarotschin.



Verlag von Georg Stilke, Berlin

1921

DD
491
P88C6



Inhalt:



Vorwort.

Die Verschiebung der deutschen Ostgrenze nach Massgabe der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ist heute eine vollendete Tatsache, welche im deutschen Volke tiefschmerzende Gefühle zurücklässt. Der Schmerz gilt besonders den Umständen, unter denen das Ereignis stattfand. Auch auf polnischer Seite sind die Empfindungen nicht einheitlich, weil den Polen von ihren Wünschen und Forderungen manches versagt blieb. Dies beweist zur Genüge, wie schwer vereinbar die Standpunkte der beiden Nachbarvölker sind, und wie verschieden beide ihr natürliches Recht noch heute auffassen. Es verrät, dass beide Völker, abgesehen von der verschiedenen Auffassung ihrer Ziele, auch einen gefühlsmässigen Gegensatz entwickeln, welcher alle Bemühungen um Ausgleich und Einklang bisher vereitelt. Das, was dem einen eine nicht zu rechtfertigende Verkürzung seines Gebietes und seines Lebensspielraums zu sein scheint, ist dem andern noch zu wenig. In einem Zeitpunkte, wo die Leidenschaften des Streites noch nicht ruhen, ist darum jede Darstellung sine ira et studio ungemein erschwert. Vor allem muss, wenn dies die Richtschnur bilden soll, der Gesichtspunkt der „Schmach" ausscheiden, nicht deshalb, weil er für den Verfasser nicht vorhanden ist, sondern weil nicht Gefühle angeschlagen werden sollen, da wo es aufs Denken und Verstehen ankommt. Nur wenn die Betrachtung kühl bleibt, kann das Urteil sich frei bewegen, unbeeinflusst durch den Druck, den die Feinde ausgeübt haben und noch ausüben.

Die nachstehende Schrift geht vom deutschen Standpunkt aus und ist für deutsche Leser bestimmt. Die Art der Darstellung musste aber auch ausländische Leser berücksichtigen. Es war nicht meine Aufgabe, den Deutschen ihre Gegner unnötig düster zu schildern, die Polen haben auf Objektivität Anspruch, deshalb durfte nicht damit gekargt werden. Wer bedenkt, dass die deutsch-polnischen Nachbarstreitigkeiten schon über 1000 Jahre dauern, dem wird die Bedeutung der jüngsten Phase, die nachstehend geschildert ist, relativ scheinen. Die Generationen wechseln, die Nachbarschaft selbst wird bleiben. Die beiden Völker werden weiter zusammen leben müssen und werden der Nachbarschaft auch andere Seiten wieder abgewinnen. Einen entfernteren Standpunkt zu wählen, als die Tagesliteratur ihn einnimmt, war daher unabweislich notwendig.

Die Schrift behandelt die schwachen Seiten der deutschen Entschlüsse eingehend, während sie die Massnahmen der Polen nicht kritisch untersucht. Dies geschah unter dem Gesichtspunkt, dass es polnischen Schriftstellern überlassen bleiben muss, diese Untersuchungen anzustellen, soweit man in Polen ein Bedürfnis dazu empfinden wird. Ein Deutscher hat kein unmittelbares Interesse daran, es wäre auch gegen den nachbarlichen Takt, sich über die Schwächen der polnischen Politik zu verbreiten, und im gegebenen Zeitpunkt wäre es obendrein missverständlich. Dies sei ausdrücklich bemerkt, um im voraus dem Vorwurfe zu begegnen, als sei die Schrift ein Lob der Polen auf Kosten der eigenen Volksgenossen. Dass es sich nicht darum handelt, wird der Leser bei unbefangener Prüfung leicht erkennen.

Das deutsche Volk sträubt sich noch immer, die harte Wirklichkeit zu begreifen, und dieser Standpunkt ist erklärlich, solange über das Geschehene keine klare und befriedigende Antwort sich bietet. Viele leben in der Vorstellung, dass sie anderen Volksgenossen die Schuld am Geschehenen zuschreiben können, und es ist vielleicht ein Glück, dass sie in diesem Glauben leben. Wie die Menschen nun einmal

sind, wären viele nicht imstande, in den Abgrund zu sehen, den das Bewusstsein der eigenen Verantwortung vor den Blicken der Nation entschleiert.

Es gibt aber auch andere, die auf dem tapferen Standpunkt stehen, dass keine Lage verzweifelt ist, wenn man sie übersieht; die vor keinem Ergebnis zurückschrecken, das sie als richtig anerkennen müssen; die sich nicht darauf beschränken, den Zusammenbruch in Posen zu beklagen, die vielmehr Antwort begehren auf die Fragen, welche in drängender Fülle auf uns einstürmen. Auf diese Fragen soll versucht werden, Antwort zu geben, soweit solche gegeben werden kann und soweit das eigene Miterleben zu einem Urteil berechtigt.



I.

Die einleitenden Geschehnisse.

Vom Beginn der grossen Entente-Offensive an, die im Juli 1918 einsetzte, war die preussische Herrschaft in Posen eine gefallene Grösse. Die Auffassung des gegenseitigen Verhältnisses der Völker zueinander änderte sich zusehends. Nicht, dass mit einem Male alle freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen, da, wo sie bestanden, in ihr Gegenteil umschlugen, aber es herrschte mit jedem Erfolge der Entente bei den Polen gesteigertes Selbstgefühl. Es lag in der Luft, wie die Hoffnungen wuchsen. Einstweilen stand die deutsche Staatsgewalt noch, und man hatte mit ihr zu rechnen, aber man rechnete bereits mit ihrem Sturz als mit etwas, was nicht mehr fern war. Man fühlte, dass Polentum und Deutschtum künftig wieder gleichgeordnete europäische Komponenten zu werden im Begriff standen, und dass das Hörigkeitsverhältnis von Nation zu Nation, das tatsächlich bestanden hatte, aufhören werde.

Als Anfang November 1918 die deutsche Revolution begann und die in der Provinz Posen garnisonierenden Truppenteile davon ergriffen wurden, hatte für das preussische Regime und für die deutsche Staatsgewalt die Todesstunde geschlagen. Die Garnisonen, die meist aus Ersatzformationen bestanden, meuterten, setzten ihre Offiziere ab und bildeten Soldatenräte. Die Uebernahme der Macht vollzog sich unblutig; es war verblüffend, wie leicht die Soldaten es hatten, die Autorität ihrer Führer zu beseitigen. Es war, als habe ein Windstoss sie fortgeweht. Die militärische Revolte hatte

zur Folge, dass auch die Zivilbehörden in Posen mit einem Schlage der Macht beraubt waren, denn sie besassen keine Handhabe mehr, um ihren Anordnungen Befolgung zu sichern. Die Soldatenräte, welche wähnten, die Macht in Händen zu halten, hatten anderes zu tun, als die Zivilbehörden zu unterstützen und sich ihrer zu bedienen. Die Vorteile, die sich den Soldatenräten darboten, indem sie die vorhandene Verwaltungsorganisation benutzen und für sich arbeiten lassen konnten, wurden nicht erkannt. Man war weit entfernt davon zu wissen, dass jeder umsichtige Militärmachthaber sich der Zivilorganisation, die er vorfindet, bedient, weil niemand imstande ist, eine solche im Handumdrehen zu ersetzen. Zu einem fruchtbaren Zusammenarbeiten zwischen Soldatenräten und Verwaltungsbehörden kam es daher trotz stellenweiser Versuche nicht. Die Unkenntnis der Schwierigkeiten, die den Soldatenräten bevorstanden, erzeugte im Gegenteil in deren Mitte eine nicht geringe Selbstzufriedenheit.

Die Gendarmen allein bedeuteten nichts und mussten vorwiegend auf die eigene Sicherheit bedacht sein. Einzelne darunter mussten sich in ihren Wohnungen verborgen halten, und die rote Binde, die sie achselzuckend anlegten, weil die Soldaten es verlangten, bedeutete für jedermann, dass die Gendarmen nichts mehr zu sagen hatten, und dass man sie nicht mehr zu fürchten brauchte.

Wenn die Soldatenräte die Truppenführer hätten *ersetzen* können, so wäre der Wechsel in der Führung nicht in Zerfahrenheit aller öffentlichen Gewalt ausgeschlagen. Letztere Wirkung trat jedoch ein. Darum war die Einsetzung der Soldatenräte kein Uebergang zu einer anderen Führung, sondern der Uebergang zur Anarchie. Das Heer bot das Bild eines ehemals starken menschlichen Körpers, der plötzlich gelähmt und irre dasteht. Ehedem nötigten diese Truppen jedem den Eindruck gefestigter Macht ab, nun waren sie ein Spielball der Zeitströmung und ein Popanz der ängstlichen Seelen, die die Unberechenbarkeit der Soldaten mehr fürch-

teten, als deren übriggebliebene geringe Energie. Dienst wurde nicht mehr gemacht. Die Soldatenräte berieten von früh bis spät, ohne zu Rande zu kommen. Die Mannschaften gingen spazieren; wer nach Hause fahren wollte, tat dies auf eigene Faust. Soweit die Leute in anderen Provinzen zu Hause waren, konnte man ihnen dies schliesslich nicht sehr verdenken.

Die Soldatenräte liessen sich aus den öffentlichen Kassen Gehälter zahlen, und erzwangen dies auch stellenweise, wo nichts freiwillig zu erhalten war. Solches war in jeder Revolution bei neuen Machthabern Brauch, auch handelte es sich nicht um Summen, die ruinös waren. Schwerer wiegt dagegen der Vorwurf, dass die Soldatenräte in der Provinz Posen in Lebensfragen des Staates versagten. Es waren keine bösartigen Menschen, welche die Revolution an die Oberfläche warf, im allgemeinen behielt die gutmütige Seite des Naturells entscheidend die Oberhand, aber die Mannschaften waren durch und durch unpolitisch und zeigten keinerlei Staatssinn. Zum Teil stammten die Führer der Soldatenräte aus Westdeutschland und waren in den örtlichen Verhältnissen ohne Erfahrung. Das Ergebnis hätte jedoch kaum ein anderes sein können, wenn es sich um Mannschaften aus der Provinz selbst gehandelt hätte. Auch die im Lande geborenen Deutschen, welche Erfahrung hätten haben können, hatten aus dem, was sie in der Provinz mit erlebten, selten etwas profitiert, und wussten schliesslich ebenso wenig ein Ziel und einen Ausweg aus den Nationalitäten-Schwierigkeiten des Ostens anzugeben als die Westdeutschen. An diesen Fragen waren deutsche Staatsmänner in guten Zeiten gescheitert; nun wollten Musketiere und Arbeiter im schwierigsten Augenblick ihr Heil daran versuchen!

Die Führer der polnischen Nationalbewegung hatten die Niederlage der deutschen Armeen und den Zusammenbruch kommen sehen und hatten sich darauf vorbereitet. Sie besassen vortreffliche Verbindungen in den Entente-Ländern und besassen dort ihre Quellen. Ueber die internationale

Lage war man auf polnischer Seite daher wohl informiert. Schon einige Zeit vor Ausbruch der deutschen Revolution hatte sich ein vertrauliches polnisches Bürger-Komitee mit dem Sitz in Posen gebildet, in welchem Vertreter der polnischen Bevölkerung aus allen Teilen von Posen, Westpreussen und Oberschlesien sassen. Dieser Ausschuss war bestimmt, die Zügel zu ergreifen, wenn der Augenblick zum Handeln da war, und der Augenblick kam schneller, als gedacht. Fast gleichzeitig mit der deutschen sozialistischen Revolution trat dieses Komitee an die Oeffentlichkeit hervor und ernannte gemeinsam mit der polnischen Landtagsfraktion die Herren Adamski, Korfanty und Poszwinski zu Kommissaren. Diese hatten den Auftrag, von der polnischen Bevölkerung des preussischen Teilgebietes einen Landtag nach demokratischen Grundsätzen wählen zu lassen. Der Landtag sollte einen obersten Volksrat als höchste Exekutivbehörde für die Zeit bis zur Uebernahme der preussischen Landesteile durch eine polnische Regierung erwählen. Gleichzeitig wurde seitens des Ausschusses den Kommissaren die provisorische Ausübung der Befugnisse des obersten Volksrates übertragen.

Die neuen Führer der Posener Polen begannen damit, sich der Revolutionseinrichtungen und vor allem der Arbeiter- und Soldatenräte zu bedienen, und sie betonten darum ihren Eifer für die Demokratie. Dieser Zug zur Demokratie war nicht vorgetäuscht, er war wirklich vorhanden. Eigentümlich war nur, wie dieser Zug in den ersten Wochen unterstrichen wurde, um die Aufmerksamkeit von den nationalen Zielen der Bewegung, aus denen man sonst kein Hehl machte, abzulenken. Das demokratische Gewand war die erwünschte Mimikry, die man anlegte, um die Unterschiede zwischen den Schöpfungen der polnischen Unabhängigkeitsbewegung und der deutschen Umsturzbewegung nicht hervortreten zu lassen.

Die in Posen am 9. und 10. November 1918 vorhandenen Ersatztruppenteile waren aus polnischen und deutschen Soldaten gemischt zusammengesetzt, wie dies der herkömmlichen

Rekrutierung ungefähr entsprach. Man hatte auf deutscher Seite die Gefahr nicht verkannt, welche im Falle einer militärischen Niederlage diese Posener Garnisonen für die Regierung bedeuteten. Ein Meinungsaustausch zwischen dem Oberpräsidenten und dem stellvertretenden Generalkommando hatte darüber stattgefunden. Gleichwohl hatte man davon abgesehen, die polnischen Soldaten aus den Garnisonen der Provinz Posen herauszuziehen und in andere Landesteile zu kommandieren. Bestimmend für diesen Verzicht waren teils die technischen Schwierigkeiten der Durchführung, teils das Vertrauen in die eigene Stärke, die ohne solche missliebigen Massregeln auskommen zu können glaubte. Mit einer Revolte der eigenen deutschen Soldaten hatte man allerdings nicht gerechnet.

Da Deutsche und Polen in den Truppenteilen einander zahlenmässig die Wage hielten, waren auch die Soldatenräte vom ersten Tage ihres Bestehens an aus Deutschen und Polen gemischt zusammengesetzt. Es musste sich bald zeigen, wer von beiden stärker war, und die Umstände erwiesen sich als günstig für die Polen. Die polnischen Mitglieder der Soldatenräte spielten in diesen von Anfang an die einflussreichere Rolle, weil die polnischen Volksführer dafür sorgten, dass Männer aus der polnischen Intelligenz (einerlei, ob sozialistischer oder nichtsozialistischer Richtung) in die Räte hineingewählt wurden. Da die deutschen Soldaten in den Räten durchweg ungebildet waren, hatten die Polen auf diese einfache und zweckmässige Weise sogleich die Ueberlegenheit hergestellt. Ferner kam den Polen zustatten, dass sie mehr politisches Temperament und ein bestimmtes nationales Ziel besassen, wenn schon die Zukunft Polens den meisten nur unklar vorschwebte. Sie hatten den Vorteil, mit der Zeitströmung schwimmen zu können; sie fühlten, wie die Welle der Ereignisse sie zu gesteigertem Bewusstsein ihrer eigenen Bedeutung emportrug.

Die deutschen Mitglieder der Soldatenräte vertraten dagegen die lehrhafte Auffassung, dass die Polen vermöge

ihres Zahlenübergewichts ein Recht hätten, in Posen zu dominieren, und begriffen daher nicht die Notwendigkeit, die deutschen Interessen den Polen gegenüber zu wahren. So war es ihnen eingetrichtert worden, und so entsprach es ihrem Gefühl, das aus ehrenwerter Gesinnung entsprang, jedoch alle stolzen Instinkte eines Herrenvolkes, das man zu sein geträumt hatte, ebenso vermissen liess, wie den einfachen Blick für das politisch Zweckmässige. Die deutschen Soldaten hatten keine Ziele und litten unter der Apathie des Niederbruches. Sie hatten sichtlich die Strömung gegen sich, zudem schmolz ihre Zahl infolge Abwanderung nach der Heimat zusehends zusammen, während die Zahl der polnischen Soldaten die gleiche blieb und sogar wuchs. Denn letztere waren ja in ihrem Lande und waren froh, der Sorge um den Lebensunterhalt enthoben zu sein, wenn sie beisammen blieben. Auch ging von Mund zu Mund die Losung zur Bereitschaft für künftige Verwendung. Die polnischen Vertrauensmänner hatten diese ausgegeben, und hierin lag nichts Gesetzwidriges.

Wer offene Augen für die Tatsache hatte, dass das Schwergewicht innerhalb der Soldatenräte bei den Polen lag, konnte schon nach dem 10. November nicht mehr daran zweifeln, dass die deutsche soziale Revolution in Posen rasch ins polnisch-nationale Fahrwasser geraten werde. Die Ungelöstheit der nationalen Abrechnung zwischen Polen und Deutschen drängte gerade diese Frage mit elementarer Selbstverständlichkeit in den Vordergrund. Von proletarischer Interessengemeinschaft zwischen polnischen und deutschen Soldaten war kaum die Rede. Es erwies sich als richtig, dass in Europa zuerst die Nationalitätenfragen einer Lösung bedürfen, ehe die sozialen Fragen zu voller Bedeutung gelangen können. Als der preussische Minister Ernst im Dezember 1918 in Posen sich zum Bahnhof begab, unterhielt er sich, wie von Zeugen erzählt wird, mit den als Eskorte beigegebenen polnischen Soldaten. Der Minister äusserte zu einem derselben, der deutsche Arbeiter müsse ihm doch

näher stehen, als der polnische Magnat, worauf der Soldat erwiderte: „Aber der Magnat spricht polnisch!“

Ergebnis der ersten Revolutionstage war: Die Soldatenräte hatten die Macht in Händen, soweit man von einer Macht damals sprechen konnte, und in den Räten war unstreitig das polnische Element ausschlaggebend. Damit waren die polnischen Führer in Posen ans Ruder gekommen. Ihren Willen äusserten sie keineswegs nur durch die Soldatenräte, sie besassen auch ein eigenes Organ in dem obersten polnischen Volksrat, und schufen sich weitere Organe in den Kreisvolksräten, die auf Geheiss der drei Kommissare in jedem Kreise gewählt wurden. Dass ein einheitlicher nationaler Wille über den Soldatenräten und Volksräten schwebte, zeigte sich z. B. darin, dass die polnische Mehrheit der Soldatenräte, für sich selbst keine Zuständigkeit in nationalen Fragen beanspruchte, sondern dieses Gebiet von vornherein den polnischen Volksräten überliess. Am 14. November 1918 verkündete der Posener Soldatenrat offiziell, dass er den polnischen Volksrat als legitime Vertretung der polnischen Bevölkerung anerkenne und künftig alle Beschlüsse im Einvernehmen mit diesem fassen werde. Den deutschen Volksräten war keine solche Mitbestimmung eingeräumt. Man begnügte sich, der deutschen Bevölkerung eine Vertretung im Soldatenrat zu bewilligen. Natürlich hatte dieser Vertreter keinen Einfluss, er wurde lediglich um das Gesicht zu wahren, hinzugezogen. Dagegen bedeutete die Ueberlassung der nationalen Entscheidungen an den polnischen Volksrat, dass der Posener Soldatenrat von der polnischen Volksbewegung sich abhängig fühlte und sie als seine Patronin anerkannte. Von seiten der deutschen Bevölkerung der Stadt Posen konnte der Soldatenrat wenig Widerspruch und auch wenig Unterstützung erwarten, denn die deutsche Bevölkerung regierte nicht die öffentliche Meinung. Sie war stets durch die Staatsgewalt und durch das Militär gestützt worden und konnte darum selbst nicht viel Stützpunkte bieten.

Zunächst bestanden die Soldatenräte allein, und es war

wenig Lust vorhanden, überhaupt Arbeiterräte zu bilden. Als man nachträglich doch dazu schritt, geschah es nicht aus örtlich empfundenem Bedürfnis, da streng genommen Arbeiterräte neben Volksräten keine Bedeutung hatten. Man wünschte jedoch den Anschein zu vermeiden, als ob man die deutsche Revolution nicht in allen Stücken mitzumachen geneigt sei, und darum war man bemüht, sich deren Formen möglichst zu eigen zu machen. Der Posener Arbeiter- und Soldatenrat vermied es durchaus hervorzukehren, dass er unter polnischer Führung stand, und entsprechend verfuhren die Arbeiter- und Soldatenräte in der übrigen Provinz. Im Gegenteil wurde die Parität der Standpunkte betont und die Absicht, das gute Einvernehmen zwischen den Völkern zu schützen. Vom Standpunkt der polnischen Politiker war dies taktisch auch zweckmässig, solange man zur Berliner Regierung nicht das Tischtuch zerschneiden wollte. Es war Sache der Berliner Regierung, dies als Taktik zu erkennen und zu sehen, dass die sozialistische Revolution in Posen durchaus unter der Oberfläche der polnischen Bewegung blieb.

Dies trat zunächst bei der Bildung der Volkswehren hervor. Zweck der Bildung der polnischen Volkswehren war, die heimkehrenden Soldaten — soweit sie nicht unmittelbar in den Kasernen verblieben — zu sammeln und für den Schutz der öffentlichen Sicherheit nutzbar zu machen. Daneben bestand zweifellos auch die Absicht, sich die Anarchie vom Halse zu halten, indem man diese Elemente in Sold nahm. Wenn es zur Aufstellung eigener polnischer Truppen kam, hatte man in den Volkswehren auf alle Fälle Reservoire, um daraus zu schöpfen. Die Bildung der polnischen Volkswehren erfolgte auf Grund der Erlasse des preussischen Ministers des Innern über die Bildung von Bürgerwehren. Nachdem Regierungspräsident Kirschstein in Posen auf Grund dieser Erlasse mit deutschen und polnischen Organisationen verhandelt hatte, nahmen nach anfänglicher Weigerung die Führer der polnischen Sokol-Verbände den Gedanken ihrerseits auf und erliessen unter dem 13. November im Auftrage

des obersten Volksrates eine öffentliche Aufforderung zur Bildung einer Volkswehr (straż ludowa). Die Wirkung dieses Aufrufes war, dass, als die Behörden mit der Bildung der vom Minister angeordneten Bürgerwehr begannen, die Polen bereits mit einem stattlichen Aufgebot erscheinen konnten, welches die Zahl der deutschen Meldungen dreifach überstieg. Hierdurch fiel den Polen die Leitung und das Kommando der gemeinsamen Bürgerwehr von selbst zu. Die deutsche Zivilbevölkerung in der Stadt Posen, die sich an der Bürgerwehr beteiligte, war in wenig beneidenswerter Lage. Auf einen oder zwei Deutsche kamen immer vier bzw. sechs Polen. Bei jedem Posten und jeder Patrouille wurde dafür gesorgt, dass die Deutschen in der Minderzahl waren. Die deutschen Wehrmänner wurden auf diese Weise stets bewacht und hatten keinerlei Einfluss. Man konnte dagegen auch nicht viel sagen, denn es war anerkannter Revolutionsgrundsatz, dass die Macht der Majorität gebühre. So war es erklärlich, dass diejenigen, die sich zum Dienst in der Bürgerwehr gemeldet hatten, zum grossen Teil bald nicht mehr kamen. Sie hielten es für zwecklos, unter solchen Umständen sich zu beteiligen.

Volkswehren wurden nach dem Beispiel der Stadt Posen auch in den Kreisen ins Leben gerufen und aus den Mitteln der Kreise, insbesondere aus den Ueberschüssen der Lebensmittelwirtschaft besoldet. Auf dem Lande bereitete jedoch die Volkswehr ihren Vätern nicht viel Freude; die Volkswehrleute zeigten eine erfrischende Urwüchsigkeit der Auffassung und machten allen Instanzen Kopfzerbrechen. Als man sie später durch Gendarmerie und regelrechte Truppen ersetzen konnte, atmeten die Verantwortlichen jedenfalls erleichtert auf.

Aufgabe der Volkswehr in der Stadt Posen war der allgemeine Wach- und Sicherheitsdienst. Durch Aufruf des Vollzugsausschusses des Soldatenrats und der Beauftragten des Generalkommandos des V. Armeekorps wurde jedoch noch ein besonderer Wach- und Sicherheitsdienst eingerichtet (stra

niebezpieczeństwa), zu dem — unter Wahrung formeller Parität — auch deutsche Soldaten aufgefordert wurden. Dieser Wach- und Sicherheitsdienst sollte von einem im Arbeiter- und Soldatenrat sitzenden deutschen Sergeanten zusammengestellt werden. 1800 Polen hatten sich gemeldet, von den deutschen Soldaten meldeten sich jedoch noch nicht 300, obwohl am Tage zuvor gelegentlich der deutschen Kundgebungen aus Anlass des Landtages sich sehr viele deutsche Soldaten beteiligt hatten, also in der Stadt anwesend waren. Wenn daher die Leitung des Sicherheitsdienstes sogleich in polnische Hände kam, war dies nur natürlich.

Gleichzeitig mit dieser Einrichtung von Volks- und Sicherheitswehren wurde von polnischer Seite die Sammlung von Waffen und Munition planmässig in die Wege geleitet. Nach einer damals überall in Deutschland geübten Methode wurde an den Bahnhöfen den einzeln ankommenden Soldaten, sowie auch kleineren Abteilungen durch die Bahnhofsbesatzung die Waffen abgenommen. Oft verkauften die Soldaten auch freiwillig, was in ihren Händen war. Weitere Waffen suchte man durch Haussuchungen zu finden, da überall verlorengegangene und liegengelassene Waffen steckten. Auf diese Weise begann die polnische Bewegung nicht nur über Formationen, sondern auch über Waffenvorräte zu verfügen, und dies war beachtenswert, obwohl die Formationen noch lockere Gefüge waren, und obwohl die Waffen, welche man so erhielt, nur einen kleinen Vorrat darstellten.

Begründet wurden alle diese Massnahmen mit der Sorge für die Sicherheit vor Anarchie und anderer Gefahr. Jeder Schritt der polnischen Bewegung wurde *unauffällig motiviert*, als sei er durch die äusseren Verhältnisse den Führern des polnischen Volkes aufgenötigt, und als sei alles lediglich aus Sorge um das Gemeinwohl geschehen. Gerüchte, deren Herkunft niemand verbürgen konnte, halfen neue Schritte, die man vorhatte, zu rechtfertigen. Man motivierte nach allen Seiten hin: für den Präsidenten Wilson, für die Entente, für die Berliner Regierung, für die deutschen Mit-

bürger, für die polnischen Mitbürger, vielleicht motivierte man am Ende auch für die späteren Historiker. Man muss die Polen darum loben, wie sie das geeignete Mittel jeweils fanden, um auf diejenigen Menschen zu wirken, auf welche sie zu wirken wünschten.

Die allmähliche Loslösung der Verwaltung aus deutscher in polnische Hand begann mit der Bildung des Provinzialernährungsamtes durch Verfügung des Posener Arbeiter- und Soldatenrates vom 12. November. Das Amt sollte die Ernährung der Provinz sicherstellen. Die Verwaltung setzte sich aus deutschen und polnischen Beamten zusammen, darunter waren Vertreter des Oberpräsidenten, des Generalkommandos, der Intendantur und der Landwirtschaftskammer. Die Deutschen hatten die Mehrheit, doch war diese Mehrheit in der Hand des Arbeiter- und Soldatenrates, der sie täglich abberufen konnte. Die Ernährung der eigenen Bevölkerung der Provinz Posen war an sich nicht gefährdet, da Posen ein landwirtschaftliches Ueberschussgebiet ist. Der eigentliche Zweck der Bildung des Provinzialernährungsamtes war ein anderer; man wollte eine Instanz zwischen die Berliner Zentralbehörde und die Posener Lieferungsverbände einschieben, um die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Provinz zu vermitteln. Die Bildung des Provinzial-Ernährungsamtes konnte legal natürlich nur mit Zustimmung der Berliner Regierung erfolgen, diese wurde aber erteilt unter dem Gesichtspunkte, dass das Amt andernfalls auch ohne Einwilligung gegründet worden wäre. Die Zustimmung zur Gründung hatte die günstige Wirkung, dass die deutschen Behörden am Provinzialernährungsamt beteiligt blieben und dadurch Einfluss auf die Lebensmittelablieferung bis Ende Dezember 1918 behielten. Erwähnenswert ist, dass die Provinz Posen an Getreide und Kartoffeln in jenen schicksalsschweren zwei Monaten ihre Lieferpflicht am besten von allen preussischen Provinzen erfüllte. Hierzu trug viel bei, dass das Provinzial-Ernährungsamt als polnische Gründung von der polnischen Volksbewegung nicht sabotiert wurde. Jedoch erreichten die

Führer der Polen ihren Zweck, die Lebensmittelausfuhr aus der Provinz zu kontrollieren. Das Provinzial-Ernährungsamt lieferte also auf der einen Seite der Berliner Regierung Lebensmittel und dadurch Unterstützung, auf der anderen Seite lieferte es den polnischen Führern die Möglichkeit, der Berliner Regierung die Entziehung dieser Unterstützung jederzeit androhen zu können, und die Regierung wurde dadurch in die Lage versetzt, die Aufrechterhaltung der Lebensmittelzufuhr mit immer neuen Konzessionen erkaufen zu müssen.

Die zweite Sorge der Polenführer galt den Finanzen. Am 16. November 1918 rief der Posener Arbeiter- und Soldatenrat ein „Dezernat der öffentlichen Fonds" ins Leben, dem die Aufgabe übertragen wurde, dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Bestände der Staatskassen in Posen blieben. Diese Behörde legte ihre Hand nicht nur auf sämtliche öffentlichen Kassen, sondern auch auf die öffentlichen Spenden und Stiftungen, und traf Vorsorge, dass Ueberweisungen nach Deutschland von Posen aus nicht mehr erfolgen konnten. Am 17. Dezember 1918 liess das Kommissariat des Obersten Volksrates durch die Volksräte in der Provinz eine einmalige nationale Steuer in Höhe der Staatseinkommensteuer eines Jahres einziehen, was mit der Vorbereitung des Friedenskongresses begründet wurde.

Gleichzeitig mit diesen zentralen Massregeln auf dem Gebiet der Ernährung und der Finanzen begann das Eindringen der Polen in alle wichtigen Stellen. Man setzte — auch darin dem Muster der deutschen Revolution folgend — überall eigene Vertrauensleute neben die Beamten und liess letztere unter Kontrolle weiterarbeiten. Man begann mit den Landratsämtern, wie dies in der Natur der Sache lag, danach wurde eine Reihe anderer Amtsstellen mit Kontrollposten besetzt. Der Regierungs- und der Oberpräsident erhielten im Dezember Vertrauensleute zugeordnet, nachdem in der Lokalinstanz die Aufsicht als durchgeführt angesehen werden konnte. Zur Meldung für den künftigen polnischen Zivildienst

wurde öffentlich aufgefordert. Die deutschen Behörden hatten Weisung, die polnischen Vertrauensleute aufzunehmen und mit ihnen zu arbeiten, da man tatsächlich nicht die Macht hatte, sie abzulehnen. Das Eindringen der Polen in die Behördenarbeit ging langsam Schritt um Schritt vor sich. Unverkennbar war der Eindruck, dass den polnischen Herren der Gedanke, sich in eine fremde Materie einarbeiten zu müssen, nicht gerade leicht fiel, und dass sie darum ohne Widerstreben die deutschen Beamten zunächst weiterarbeiten liessen, auch nachdem der militärische Aufstand eingetreten war und zu Rücksicht auf die Berliner Regierung kein Anlass mehr vorhanden war.

Die Kreisvolksräte sollten nach ihrem Auftrage, so wie er lautete, die Verwaltung im Kreise nicht nur kontrollieren, sondern auch durchführen. Zu dieser Rolle erwiesen sie sich jedoch als wenig geeignet. Neben dem obersten Volksrat, in welchem zweifellos staatsmännische Fähigkeit steckte, machten die Kreisvolksräte eine ziemlich nebensächliche Figur. Die rada ludowa war mehr zum Debattieren als zum Handeln da, sie war ein Ventil für die Stimmung, nicht viel mehr. Die seit Januar 1919 fortschreitende Entwicklung des polnischen Beamtenstaates schaltete sie mehr und mehr aus.

Die stärkste Willenskundgebung der polnischen Volksbewegung war der Landtag, welcher vom obersten Volksrat zum 3. Dezember 1918 einberufen wurde. Seitens des Oberpräsidenten von Eisenhart-Rothe war auf die naheliegenden starken Bedenken gegen die Abhaltung eines solchen Landtages hingewiesen worden. Die Berliner Regierung gab jedoch am 29. November die Genehmigung zur Tagung, nachdem versprochen worden war, dass nichts geschehen werde, was dem Friedenskongress vorgriff. Tatsächlich besass man auch kaum die Macht, um die Versammlung des Teilgebiet-Landtags zu verhindern. Die Wahlen zum Landtag waren auf Grund des Aufrufs des Obersten Volksrates vom 14. November mit Hilfe eines Wahlkomitees erfolgt, wobei alle Polen im Deutschen Reich, Männer und Frauen vom

20. Lebensjahre an aufwärts, mitwählen durften. Der Landtag hatte die Aufgabe, das Mandat des Obersten Volksrates durch Wahl zu bestätigen, ferner die Regierungsgrundsätze aufzustellen und die nationalen Forderungen in eine machtvolle Kundgebung zusammenzufassen. Der Landtag dauerte vom 3.—6. Dezember und bildete den Rahmen für eine Reihe nationaler Festtage, während deren die Stadt Posen in den Farben Polens und der Entente geschmückt war. Telegramme an die Oberhäupter der Entente wurden abgesandt mit der Bitte, um möglichst schleunige Entsendung einer Vertretung nach Posen. In zahlreichen Resolutionen wurde beschlossen, die von der deutschen Revolution geschaffenen Einrichtungen weiter zu unterstützen. Diejenigen Beamten, die man für gegnerisch gesonnen hielt, sollten entfernt, die anderen Beamten sollten kontrolliert werden, Verwaltungs- und Gerichtswesen sollten übernommen und eine Nationalsteuer von den Kreisvolksräten mit Nachdruck eingetrieben werden.

Die Veranstaltung des Landtages war nicht misszuverstehen, die Versammlung machte kein Hehl daraus, dass sie das Band staatlicher Zusammengehörigkeit, welches Posen mit Deutschland verband, als in der Lösung begriffen betrachtete, und dass sie die Verwirklichung dieses Zieles energisch anstrebte. Man sprach es unverhüllt aus, dass man mit der deutschen Revolution zwar zusammen arbeiten wollte, jedoch ein anderes Ziel im Auge habe, nämlich die Errichtung eines polnischen Nationalstaates. Die Atmosphäre in der Stadt und Provinz war nach und vor dem Landtage gewitterschwül, es kam zu allerhand Schiessereien, vor allem auf dem Güterbahnhof und in der Umgebung der Bekleidungs- und Proviantmagazine. Nur auf dem flachen Lande, wo die Aufregung mit der Entfernung abkühlte, war es stiller.

Dieser kraftvollen Betätigung der Polen gegenüber fehlte es deutscherseits nicht an Versuchen zu einer Gegenwirkung. Die stärkste Opposition der polnischen Bevölkerung hatte sich von jeher gegen die Schulpolitik gerichtet. Darum suchte die Regierung richtigerweise auf diesem Gebiet den polnischen

Wünschen entgegenzukommen, um so einen friedlichen Ausgleich vorzubereiten. Die seit der Oberpräsidial-Verfügung vom 27. September 1873 eingeführte Erzwingung des deutschen Elementar-Unterrichts hatte mehr als alles andere die Massen der Landbevölkerung gegen die preussische Verwaltung erbittert. Wäre dieser Eingriff in die Sprache und somit in die Volksgewohnheiten nicht erfolgt, wäre der Posener Bauer nicht so schnell und nicht so leicht für die polnische Unabhängigkeitsbewegung zu gewinnen gewesen. Nun wurde die polnische Unterrichtssprache, insbesondere im Religionsunterricht und im Lese- und Schreibunterricht auf der Unterstufe wieder eingeführt, um die Lehrer zu schützen und den Unterricht aufrecht zu erhalten. Die Tragweite dieser Massregel wurde von polnischer Seite zwar anerkannt, was bei den Besprechungen im Dezember in Gegenwart der Minister Ernst und Göhre zum Ausdruck kam. Die günstige Wirkung, welche eingetreten wäre, wenn diese Massregel freiwillig und rechtzeitig erfolgt wäre, konnte sich jedoch nicht einstellen. Es war zu deutlich, dass die Zugeständnisse unter dem Druck der militärischen Niederlage gegeben wurden.

Die in der Provinz ansässige deutsche Bevölkerung versuchte das polnische Vordringen wett zu machen, indem sie deutsche Volksräte bildete. Solche entstanden in den meisten Städten der Provinz und erlangten in der Stadt Posen selbst, sowie im Netzedistrikt und an den Westrändern, wo eine stärkere deutsche Bevölkerung ansässig war, grössere Bedeutung. Man bemühte sich, soweit man es vermochte, etwas zu erreichen, die deutschen Volksräte litten aber daran, dass ihre Gründung zu spät erfolgte. Man fand die Initiative zu der an sich richtigen Massregel erst, nachdem der Gegner es vorgemacht hatte und nachdem man den Vorsprung, den der Gegner hatte, am eigenen Leibe spürte. Auch erwies sich der Boden, den man bearbeiten wollte, als völlig unvorbereitet, während die polnischen Volksräte ein lange vorbereitetes Feld beackerten. Die deutsche Bevölkerung, welche für solche Selbständigkeitsversuche an sich ein ziemlich sprödes Material

abgibt, war in Posen noch dadurch im Nachteil, dass sie durch ausgiebige staatliche Unterstützung der Selbständigkeit entwöhnt war, und sich schon im Frieden ohne den helfenden Arm des Staates selbst nicht zu helfen wusste. Entscheidend war jedoch, dass die deutschen Volksräte nur dann erfolgreich sein konnten, wenn die Zentral-Regierung ihrerseits die militärische Gewalt in Posen wiedererlangte. Geschah dies nicht, dann wären auch besser geleitete Volksräte als diese nicht zum Ziel gelangt. Alles hing davon ab, ob die Berliner Regierung das Heft wieder in die Hand bekam.

II.

Die Ziele der deutschen Regierung.*)

Nachdem die militärische Organisation infolge der Revolution zerbrochen und eine kurze Weile ein anarchischer Zustand eingetreten war, musste es das Ziel der Berliner Regierung sein, möglichst schnell ihr militärisches Rückgrat in der Provinz Posen wieder herzustellen. Man musste

1. versuchen, die militärische Verfügung über die Provinz wiederzuerlangen,
2. erklären, welches das vorläufige Ziel dieser Reokkupation sei: Aufrechterhaltung der Autorität bis zur Entscheidung durch die Friedenskonferenz,
3. erklären, welches das endgültige Ziel der Reokkupation sei: eine Lösung der Nationalitätenfrage auf der Basis des Rechtes.

Im Zustande der Machtlosigkeit, in welchem Deutschland den Siegern gegenüber sich befand, war Lavieren eine verkehrte Taktik. Man konnte seine Ansprüche auf Posen ebensowenig wie andere politische Ansprüche auf Macht stützen, weder offen noch heimlich. Man konnte sich nur auf sein Recht berufen, und wenn man sich auf sein Recht berufen musste, so war eine klare, zweifelfreie Erklärung der Ziele, die man verfolgte, zweckmässig und nötig.

Man konnte sagen: Die Teilungen Polens sind Gewaltakte vergangener Zeiten gewesen. Die Polen können darauf hinweisen, als auf eine Tatsache, die Ansprüche auf Rückgewähr begründet. Es ist ferner nicht zu leugnen, dass im Nationalitätenkampf beide Völker ein-

*) Unter „deutscher Regierung" bezw. „Berliner Regierung" sind die Reichszentralbehörden und die preussischen Zentralbehörden im Gegensatz zu der Posener national-polnischen Regierung, dem Obersten Volksrat, verstanden.

ander viel Bitteres zugefügt haben, und dass dies eine befriedigende Beilegung erheischt. Es ist drittens aber auch zu berücksichtigen, dass das Ergebnis einer langen fruchtbringenden Arbeit, die von Deutschen geleistet wurde, mit diesem Boden und diesem Volke innig verwachsen ist, und diese Tatsache bedeutet, dass Rechte an Posen auch für die Deutschen entstanden sind. Die Lage ist also kompliziert, da beide Völker Ansprüche geltend machen können, und da der Umfang dessen, was ein jedes für sich von Rechts wegen fordern kann, ohne eine Probe nicht zu ermitteln ist. Nur die Kopfzahl zählen, wäre falsch, denn man muss auch die Köpfe befragen. Die Probe kann den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend nur in einer Volksabstimmung bestehen, und da eine billige Auseinandersetzung in dem uralten Nachbarstreit nicht aufschiebbar ist, so ist Deutschland gewillt, die Abstimmung herbeizuführen. Wir sind bereit, in unseren Ostprovinzen abstimmen zu lassen, soweit die Polen es wünschen. Wir sind bereit, diese Abstimmungen unter Garantie unparteiischer Dritter stattfinden zu lassen, und wir sind bereit, Ergebnisse, die gegen uns lauten, hinzunehmen. Aber bis zu dieser Probe müssen wir unsere Rechte schützen und müssen darum Truppen senden, welche die Autorität und Ordnung gewährleisten.

Einem in soldatischem Denken erzogenen Leser mag es zunächst absurd erscheinen, dass man deutscherseits eine Abstimmung hätte erstreben, und dass man dieses Ziel obendrein hätte erklären sollen. Vielleicht wird ein solcher Leser einwenden:

„Die Regierung musste wohl Truppen senden und den provisorischen Charakter der Massregel bekanntgeben. Sie musste erklären: Die Truppensendungen erfolgen vorbehaltlich der Entscheidung des Friedenskongresses. Aber von einer Volksabstimmung brauchte und durfte man nichts sagen, denn es konnte ja der Fall eintreten, dass die Friedenskommission die Provinz Posen abstimmungslos bei Deutschland beliess. Dann hätte man auf diese noch bessere Lösung

voreilig verzichtet. Ausserdem hatten die Polen uns nicht besiegt, sondern die Entente. Darum hatten nicht sie, sondern höchstens die Entente etwas zu fordern. Wenn die Entente an Posen nicht rührte, dann konnten die Polen von Rechts wegen daran auch nicht rütteln. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Hirngespinst, solange keine Rechtsquelle nachzuweisen ist, die einen solchen Satz enthält, und solange es kein Gericht gibt, bei dem man darauf klagen kann, und keine Vollzugsgewalt, die es gegen jede Macht auf der Erde vollstreckt. Das Selbstbestimmungsrecht mag in der Theorie schön sein, in der Praxis ist es aus vorstehenden Gründen für uns nicht vorhanden, und wir sind Männer der Praxis! Ausserdem ist es für den Soldaten Ehrensache, sich lieber töten zu lassen, als ohne Zwang ein Stück Stellung den Gegnern zu überantworten. Wir haben Posen über 100 Jahre mit unserem ehrenhaften Degen gehalten; uns freiwillig einem Votum unterwerfen, wäre darum gegen unsere Ehre gewesen.“

Denen, die so argumentieren, sei entgegnet:

Es soll nicht geleugnet werden, dass Macht im Leben etwas Reales ist, es muss jedoch festgestellt werden, dass auch das Recht real ist und dass bei einem Widerstreit zwischen Macht und Recht dem Recht der Vorrang gebührt. Das Selbstbestimmungsrecht ist erfahrungsmässig wirklich vorhanden, wie jeder sich überzeugen kann, der mit offenen Augen in die Welt blickt. Sonst wäre es nicht zu erklären, dass niemand es grundsätzlich zu leugnen wagt, und dass die Machthaber, die sich am meisten darüber hinwegsetzen, am eifrigsten bedacht sind, zu beweisen, dass sie es achten. Es geht mit dem Selbstbestimmungsrecht ähnlich wie mit neuen Kulten, zu denen heidnische Völker sich bekennen. Man erkennt das Neue an und steckt noch bis über die Ohren in der alten Vorstellungswelt. Das ist menschliche Inkonsequenz, bedeutet aber nicht, dass die Bekenner der neuen Ueberzeugungen Heuchler sind, und dass alle Worte, die darum gemacht werden, nichts als leerer Schall seien. Ein

Unrecht ist wirklich vorhanden, wenn Millionen Menschen auf bestimmte Verletzungen als auf ein Unrecht reagieren, und das ist bei Verletzungen der Selbstbestimmung der Fall. Diese Reaktion ist nachweisbar, wie ein anderes Naturgeschehen auch. Darum ist die Selbstbestimmung ein Recht, ein unverletzlicher Gesichtspunkt.

Was den Ehrenpunkt anlangt, darf daran erinnert werden, dass im Kriege ein höherer Führer oft in die Lage kommt, freiwillig Teile der Stellung aufzugeben, um andere Ziele zu verwirklichen, und dass es für einen Feldherrn ein dürftiger und gedankenarmer Standpunkt ist, zu sagen: „der Soldat gibt nichts auf". Die Praxis der Kriegführung zeigt, dass dieses Wort eine Soldatentugend ausspricht, keine Führertugend. Ebensowenig, wie für einen Feldherrn der freiwillige Verzicht auf etwas Errungenes ehrenrührig ist, ebensowenig konnte es für einen Staatsmann ehrenrührig sein, die Besitzrechte an Posen einer Abstimmung freiwillig zu unterstellen.

Der Entschluss, eine Abstimmung stattfinden zu lassen, bot auch grössere Vorteile als die Aussicht auf eine abstimmungslose Belassung, obwohl die Deutschen bis in die jüngste Zeit in Volksabstimmungen mehr die Möglichkeit der Verluste, als die Möglichkeit der Gewinne sehen. Auch wenn bei einer Volksabstimmung über Posen und Westpreussen erhebliche Teile sich lossagten, wäre das übrige unangefochtener Besitz geblieben: aussenpolitisch und innenpolitisch. Es wäre überhaupt erst unbestrittener Besitz geworden, was es vorher nicht war, solange es eine polnische Irredenta gab. Es war daher nicht schwer, vorauszusehen, dass dasjenige, was auf Grund einer Abstimmung deutsch geblieben wäre, mehr gewesen wäre, als was dem machtlosen Deutschland von einem siegreichen Bund sämtlicher Nachbarn abstimmungslos belassen wurde. Ausserdem blieb, wenn keine Abstimmung stattfand, die nationale Auseinandersetzung unerledigt; der Nationalitätengegensatz blieb offen, einerlei, wer besser abschnitt. Darum war tatsächlich eine

Abstimmung der günstige Fall, der kommen konnte, und darum war es realpolitisch, dieses Ziel sich zu setzen.

Eine Abstimmung anzustreben und dies zu erklären, empfahl sich also aus folgenden Gründen:

a) weil ein machtloses Deutschland die Abrechnung mit der polnischen Irredenta doch vornehmen und darum die Initiative ergreifen musste, anstatt sie anderen zu überlassen;

b) weil man nur so den Polen, die mit dem Gedanken einer antideutschen Machtpolitik spielten, einen sachlich überlegenen Gesichtspunkt entgegenstellen konnte;

c) weil man sich auf das Selbstbestimmungsrecht zum Schutze gegen die Annexionswünsche aller europäischer Nachbarn berufen musste und darum den Polen gegenüber keinen anderen Standpunkt wählen konnte;

d) weil Abstimmung im Endergebnis vorteilhafter war, als abstimmungslose Lösung.

III.

Der Streit um den Heimatschutz und Grenzschutz.

Es ist notwendig, dasjenige, was aus Zweckmässigkeitsgründen geboten war, hier auszusprechen, um sogleich den Massstab zu gewinnen zu dem, was wirklich geschah. Leider unterblieb jede programmatische Erklärung darüber, wie man sich die Lösung der deutsch-polnischen Nationalitätenfrage in Zukunft dachte. Es entspann sich statt dessen beiderseits ein Spiel mit verdeckten Karten.

Die nächste Zukunft hing davon ab, wer in der Provinz Posen eine militärische Gewalt neu aufrichten konnte. Wenn es der Berliner Regierung rasch genug gelang, aus der Betäubung heraus sich zu neuem Handeln zu erheben, die zerfahrenen Heeresverhältnisse zu festigen und gleichzeitig Vertrauen in der europäischen Oeffentlichkeit zu erwerben, blieb sie in Posen Herrin der Lage. Wenn dies nicht gelang, war sie in Posen vom Willen der polnischen Führer abhängig. Dann hing es nur von den Polen ab, ob sie sich weiterhin mit Berlin bis zum Friedensschluss gütlich einigen wollten, oder ob sie es vorzogen, das Band der Reichszugehörigkeit gewaltsam zu lösen.

Nachdem die Versuche des stellvertretenden Generalkommandos, durch Verhandlungen mit den Soldatenräten wieder eine zuverlässige deutsche Truppe in Posen zu bilden, misslungen waren, und die Zustände in Kongresspolen auf die Provinz überzugreifen drohten, wurde seitens des Oberpräsidenten die Sperrung der Grenze und die Bildung eines Grenzschutzes als dringend notwendig gefordert. In gleichem Sinne wurde die Hilfe des Auswärtigen Amtes durch den Abgeordneten von Kardorff erbeten. Unmittelbar darauf

erfolgte, am 15. November, die Bildung eines neuen Armee-Oberkommandos „Heimatschutz Ost“ mit dem Sitz in Berlin, zu dessen Chef des Stabes Major von Willisen ernannt wurde. Die Kommandobehörde war auf Anwerbung von Freiwilligen angewiesen, was der damals noch bestehenden Obersten Heeresleitung Anlass gab, alle Formationen des zurückkehrenden Heeres zur Bildung von Freiwilligen-Verbänden für den Heimatschutz aufzufordern. Erklärlicherweise rief die Gründung dieses Oberkommandos unter den Polen lebhafte Unruhe hervor, zum Protest wurde eine Abordnung des Posener Arbeiter- und Soldatenrates nach Berlin entsandt und am 18. November im Kriegsministerium empfangen. Nach der von Wolffs Telegraphenbureau verbreiteten Darstellung ist dieser Abordnung in Berlin eröffnet worden, das Kriegsministerium wolle gemeinsam mit dem zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat die notwendigen Schutzmassnahmen durchführen, welche für Leben und Eigentum der deutschen und der polnischen Bevölkerung getroffen werden müssten. Man wolle nicht gegen die Polen vorgehen und habe deshalb den Wunsch, mit den Polen zu einer friedlich-schiedlichen Einigung zu gelangen.

Um diese herbeizuführen, wurde der Unterstaatssekretär von Gerlach nach Posen entsandt, welcher am 19. November dort eine Reihe von Besprechungen abhielt. Unter anderem wurde dem Posener Arbeiter- und Soldatenrat die Frage vorgelegt, wie er sich grundsätzlich zu der Gründung des Armee-Oberkommandos „Heimatschutz Ost“ stelle. Die Antwort lautete verneinend, nicht nur seitens der polnischen, sondern auch seitens der deutschen Mitglieder, welche in diesem Punkte keinen abweichenden Standpunkt fanden. In der am Tage darauf stattfindenden Delegiertenversammlung der Posener Arbeiter- und Soldatenräte im Rathaus zu Posen wurde die Reichsregierung durch Beschluss aufgefordert, die unter der Bezeichnung „Heimatschutz“ geplanten Massnahmen unverzüglich rückgängig zu machen, da sie geeignet seien, Ruhe und Frieden in der Provinz aufs schwerste zu gefährden.

Die Arbeiter- und Soldatenräte seien in der Lage, den Schutz der Bevölkerung an den Grenzen und im Innern selbst zu übernehmen. In ihrer Mitte herrsche strenge nationale Gleichberechtigung, und es sei Grundsatz, die Minderheiten nicht zu verdrängen. Im Gegenteil wollten die Arbeiter- und Soldatenräte sich für den Schutz der nationalen Minderheiten nachdrücklichst einsetzen.

Hiermit parallel lief eine Aktion des Obersten Volksrates. Am 18. November hatte dieser der Regierung seine Konstituierung als Vertretung des polnischen Volkes innerhalb der Reichsgrenzen notifiziert. Er gab bei Gelegenheit dieser Mitteilung eine Darstellung seiner bisherigen Wirksamkeit und Absichten und erhob Protest gegen die Bildung einer dem „Heimatschutz Ost“ unterstehenden Freiwilligenarmee. Das polnische Volk erblicke darin den Anfang zu einer neuen Politik der Faust gegen seine Freiheit und gegen seine Wünsche nach nationaler Vereinigung. Man sei aber entschlossen, der Macht keine Macht entgegenzustellen, man blicke wehrlos in die Zukunft im Vertrauen auf die eigene gute Sache, und habe die Entente um Schutz ersucht. Alles dies ging vor sich, noch ehe Truppen vom neuen Heimatschutz in der Provinz erschienen waren.

Das Ziel des Oberkommandos musste es sein, ausserhalb der polnischen Sprachgrenze eine Truppe von mindestens 25 bis 30 000 wohlbewaffneten und ausgerüsteten Soldaten unter Führern mit voller Autorität bereitzustellen. Es war nicht ratsam, einzumarschieren, ehe nicht eine genügende Stärke dieser Bereitschaft erreicht war.

Das Oberkommando entschloss sich nicht hierzu, sondern sandte die Truppen in kleinen Mengen mit der Eisenbahn durch die bedrohte Zone hindurch nach verschiedenen Grenzpunkten. Es waren einzelne Schwadronen, Kompagnien, Bataillone, die gesandt wurden, an Zahl nicht sehr stark und an Zuverlässigkeit gering. Die Verbände, welche aus dem Westen kamen, liessen sich teils unterwegs entwaffnen, teils versagten sie nach Eintreffen an Ort und Stelle. Die ange-

kündigten Truppensendungen erschienen darum dem Oberpräsidenten wie auch dem stellvertretenden Generalkommando bedenklich, sowohl hinsichtlich ihrer Stärke und Brauchbarkeit, als auch hinsichtlich der Art ihrer Heranführung, denn es lag nahe, dass viel geschadet werden konnte, ohne dass Aussicht auf Erfolg bestand. Dieser Auffassung schloss sich auch ein vom Kriegsministerium entsandter Stabsoffizier an, der sich über die Verhältnisse in Posen unterrichtete. Daher wurden um den 19. November einige Transporte anrollender Truppen auf Antrag des Generalkommandos im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten angehalten. Beide Instanzen sprachen sich aus Zweckmässigkeitsgründen gegen diese Sendungen aus, obwohl sie die militärische Reokkupation der Provinz grundsätzlich forderten.

Auf die Beschwerde der Polen konnte daher der Unterstaatssekretär v. Gerlach am 23. November die Antwort erteilen, dass die Entsendung von Truppen aus dem Westen nach der Provinz Posen im Einverständnis mit den obersten Militär- und Zivilbehörden unterblieben sei. Die polnischen Wünsche nach einem völligen Verzicht auf die Gründung des Armee-Oberkommandos „Heimatschutz" wurden jedoch nicht erfüllt.

Inzwischen hatte das Generalkommando des II. Armeekorps in Stettin, zu dessen Bezirk der nördliche Teil der Provinz Posen gehörte, ohne Rücksicht auf die Verhandlungen über den Heimatschutz seinerseits Truppen in kleine Städte des Regierungsbezirks Bromberg gelegt. Auch diese Sendungen waren in geringen Mengen erfolgt, ohne ersichtlichen Plan. Das Erscheinen der Truppen rief erneuten Protest der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte hervor. Auch der Oberste Volksrat legte Verwahrung ein, und es kam zu Beratungen in Berlin (29. November), wo auf Anregung des Obersten Volksrates der Berliner Regierung eine Reihe von Forderungen unterbreitet wurden. Es wurde verlangt:

1. die Zurückziehung des aus anderen Provinzen kommenden

Militärs, und dessen Ersetzung durch Posener Soldaten deutscher und polnischer Nationalität;

2. die Unterstellung des gesamten Grenzschutzes der Provinz Posen unter das Posener Generalkommando;
3. Zuteilung von Vertretern der polnischen Bevölkerung an alle Generalkommandos der östlichen Provinzen;
4. Zuteilung von Vertretern der deutschen und polnischen Bevölkerung zum Armee-Oberkommando „Heimatschutz" für den Fall, dass die Berliner Regierung die Unterstellung des Grenzschutzes unter ein besonderes Armee-Oberkommando nicht rückgängig machen sollte;
5. Zuteilung von polnischen, vom Obersten Volksrat ernannten Vertretern an die Oberpräsidien in Posen, Breslau und Danzig, sowie zum Regierungspräsidenten in Allenstein.

Die Regierungsvertreter behielten sich die Erwägung dieser Forderungen vor. Indes die Beratungen darüber schwebten, nahm der wenige Tage später stattfindende polnische Teilgebiets-Landtag Gelegenheit, den Forderungen des Obersten Volksrates gegen den Heimatschutz nochmals Nachdruck zu geben. Man betonte, dass die Gründung ein Angriff auf die nationale polnische Bewegung sei. Die Rolle des Angreifers wurde der Berliner Regierung zugedacht, was einer gewissen Ironie nicht entbehrte, wenn man berücksichtigte, wie ausweichend sich die Regierung in der Frage verhielt. Die Staatsregierung wollte tatsächlich nur gütliche Einigung bis zum letzten Augenblick, als der Aufstand schon im Gange war. Sie lieferte unfreiwillig den Beweis, dass zuviel Nachgiebigkeit den Gegner unternehmungslustig macht, anstatt ihn zu besänftigen. Die Polen ihrerseits fühlten sich wirklich bedroht, gingen aber in ihrer Empfindlichkeit zu weit und empfanden vielfach auch dasjenige als Aufreizung und Kränkung, was lediglich zu den selbstverständlichen Befugnissen der Regierung gehörte und nach ruhiger Auffassung ihre Pflicht war.

Das Oberkommando setzte für Zwecke des Grenzschutzes seinen Plan der kleinen Truppensendungen fort. Die Befürchtungen hinsichtlich des Wertes der Truppen erwiesen sich leider als begründet. Auch in der Provinz selbst angesichts der nationalen Gefahr waren die Heimatschutztruppen unzuverlässig, so z. B. in Ostrowo, Schildberg, Mogilno, Witkowo, Gnesen. Es kam öfter vor, dass sie sich unter Hinterlassung ihrer Waffen entfernten und diese den Polen überliessen. Andere gerieten bald in lokale Krawalle und Streitigkeiten, was zur Folge hatte, dass der Posener Arbeiter- und Soldatenrat sich der Aufgabe unterzog, diese Streitigkeiten zu schlichten, und dass der Oberste Volksrat die Zurückziehung der betreffenden Truppenteile durch Beschwerde erreichte (9. Dezember). Nun wurden auf den 15. Dezember neue Verhandlungen in Posen unter Beisein der Minister Hirsch, Ernst und des Unterstaatssekretärs v. Gerlach angesetzt. Ministerpräsident Hirsch gab hier die Erklärung ab, die Regierung halte einen besonderen „Heimatschutz" für die Provinz Posen nicht für nötig. Dagegen sei ein „Grenzschutz" erforderlich, und dieser solle durch Truppen ausgeübt werden, welche schon vor dem Kriege in der Provinz in Garnison lagen. Die Soldatenräte sollten weiterhin eine kontrollierende Tätigkeit ausüben, eine anordnende Gewalt stehe ihnen nicht zu. Die noch vorhandenen Truppen aus anderen Bezirken sollten zurückgezogen werden, sobald Truppen aus dem Bezirk des zuständigen Generalkommandos Posen zur Verfügung ständen.

Demgegenüber erhoben die Vertreter des Obersten Volksrates die Forderung, dass der Grenzschutz sich nur aus solchen Leuten zusammensetzen dürfe, die aus den betreffenden Grenzprovinzen rekrutiert seien. Wurde diese Forderung erfüllt, hatten die Polen im Grenzschutz von selbst die Mehrheit und die deutsche Minderheit war dann in ihrer Hand.

Da man sich nicht einigte, wurde den Polen anheimgegeben, ihre Forderungen in einer besonderen Erklärung dem Staatsministerium zu übermitteln, was auch geschah.

Bevor eine Antwort des Staatsministeriums eintraf, richtete der Posener Arbeiter- und Soldatenrat am 16. Dezember nochmals einen Antrag an den in Berlin versammelten Rätekongress, worin offen die Rückgängigmachung aller Massnahmen betreffend den Heimat- und Grenzschutz gefordert wurden, andernfalls der Arbeiter- und Soldatenrat die Verantwortung für Ruhe und Ordnung ablehnen müsse. Diese Forderung wurde vom Berliner Rätekongress verworfen. Nunmehr sandte der Oberste Volksrat an die Volksbeauftragten Ebert, Barth und Haase einen weiteren Einspruch mit dem Hinweis, dass von deutscher Seite mit Machtmitteln den Beschlüssen des Friedenskongresses vorgegriffen werde. Ob eine Antwort hierauf erteilt wurde, ist nicht bekannt.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass auf die militärische Reokkupation der Provinz Posen nicht verzichtet worden ist. Tatsächlich aber wurde sie nicht ausgeführt. Alle Massregeln waren — ausser durch die Truppenzustände — durch folgende Umstände gestört:

1. Dem Armee-Oberkommando fehlte eine bestimmte politische Direktive. Dadurch wurden seine militärischen Massnahmen unklar und zersplittert.

2. Der Berliner Regierung fehlte es an einem Zukunftsprogramm für Posen, daher trafen die Regierenden ihre Entschlüsse getrieben von dem Druck der jeweils eintreffenden oft recht einseitigen Nachrichten und der gegeneinander arbeitenden Einflüsse, denen sie ausgesetzt waren.

3. Die Besorgnis vor den Folgen einer Sperrung der Lebensmittelzufuhr aus Posen machte die Regierung ängstlich und immer wieder zum Nachgeben geneigt, da man glaubte, dass es ohne diese Zufuhr nicht ginge, und obwohl man nachher auch ohne sie auskommen musste.

4. Alle Uebermittelungen zwischen Posen und Berlin standen in beiden Städten unter Kontrolle. Dadurch ging unzweifelhaft vieles verloren, verschwand auf unrechtmässige Weise oder wurde wegen Unordnung im Betriebe nicht weitergegeben.

IV.

Der Ausbruch des Aufstandes.

Die Dinge nahmen ihren Lauf, wie es unter diesen Bedingungen zu erwarten war.

Der Aufstand, welcher alledem ein Ende machte, erhielt seinen Anstoss von aussen her. Alle bis dahin von polnischer Seite getroffenen Entschlüsse waren nicht auf einen frühen Zeitpunkt des Losschlagens berechnet. Die polnischen Führer hatten richtig erkannt, dass ohne Fühlungnahme mit der Entente und ohne deren Hilfe, die Ziele, die man sich gesetzt hatte, nicht zu erreichen waren. Wenn man jedoch auf die Hilfe der Entente rechnete, so rechnete man mit unbekannten Faktoren. Der grosse Bund, welcher Deutschland militärisch überwunden hatte, war ein Rumpf mit zahlreichen Häuptern, und diese waren an der Zukunft Polens in sehr verschiedenem Masse interessiert. Darum hatte man schon von langer Hand durch Wort und Schrift in der öffentlichen Meinung der Ententeländer vorgearbeitet. Insbesondere hatte man die Völker der Entente mit den geschichtlichen Tatsachen bekannt zu machen sich bemüht, soweit diese geeignet waren, die nationalen Forderungen der Polen zu unterstützen. Die Propagandaschriften waren in einer für die Westvölker verständlichen Sprache und in Anpassung an westliche Gedankengänge geschrieben. Hierin lag nichts, was einen Vorwurf verdiente, im Gegenteil musste man die Zweckmässigkeit dieses Vorgehens gutheissen. Den Polen kam es zustatten, dass ihre Kultur einen westeuropäischen Einschlag besitzt, und dass die polnische Intelligenz die politischen Gedanken der Westvölker sehr viel leichter in sich aufnimmt, als die Mehrzahl der Deutschen.

Als der Oberste Volksrat in Posen die Geschicke der

zum Deutschen Reich gehörenden Volksgenossen in die Hand nahm, gab es ausserhalb der Provinzgrenzen schon zwei Stützpunkte, an welche eine Anlehnung möglich war. Es waren dies die Regierung in Warschau und das Nationalkomitee in Paris. In Warschau war nach dem Zusammenbruch der deutschen Okkupation eine sozialistische Regierung Moraczewski-Pilsudzki ans Ruder gekommen, welche auf dem Boden des Sozialismus mit der Berliner Regierung diplomatische Beziehungen angebahnt hatte. Zielgemäss richteten die Posener Polen darum ihr Streben darauf, die sozialistische Regierung in Warschau durch eine nationalistische zu ersetzen und zunächst den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Warschau und Berlin herbeizuführen. Ob die Posener Polen allein den am 15. Dezember tatsächlich erfolgten Abbruch herbeiführten, ist ungewiss. Wahrscheinlich spielten auch andere Umstände mit. Sicher ist nur, dass dieses Ereignis in Posen als ein Erfolg begrüsst wurde, denn nun erst war die Bahn frei für einen Eintritt des gesamten polnischen Volkes in das System der Entente und für ein Zusammenarbeiten von Posen und Warschau.

Zunächst hatte es die Warschauer Regierung damit eiliger als der Posener Oberste Volksrat. Sie schrieb sogleich nach dem 15. Dezember Wahlen für einen alle Teilgebiete umfassenden Landtag aus, zu welchem natürlich auch im preussischen Teilgebiet gewählt werden sollte. Die deutsche Regierung erhob hiergegen Protest mit der Wirkung, dass die Wahlen im preussischen Staatsgebiet unterblieben, nicht jedoch der Berliner Regierung zuliebe, sondern weil diese Einmischung Warschaus in die Posener Angelegenheiten dem Obersten Volksrat unwillkommen war. Einmal wollte der Oberste Volksrat seine soeben im Entstehen begriffene Macht nicht sogleich mit den Machthabern in Warschau teilen, sodann wäre es inkonsequent gewesen, der sozialistischen Regierung in Warschau, die man beseitigen wollte, zu einem Erfolge zu verhelfen. Für die beginnende innerpolitische Entwicklung Polens blieb dieser Gegensatz, der damals sogleich

hervortrat, auch für die Folge massgebend. Die Führer des Polentums in Posen standen politisch trotz aller Demokratie erheblich weiter rechts als die Regierenden in Warschau, und an der Ueberbrückung dieses Gegensatzes wurde nicht nur seitens der Polen, sondern auch seitens der Entente durch die Entsendung Grabskis von Paris nach Warschau planmässig gearbeitet.

Solange diese Dinge in Warschau noch nicht gereift waren, übertrug der Oberste Volksrat in Posen die Vertretung der aussenpolitischen Angelegenheiten seines Gebietes dem polnischen Nationalkomitee in Paris. Dies empfahl sich, nachdem der Präsident Wilson am 17. Dezember in Frankreich gelandet war. War doch Wilson derjenige, welcher die Errichtung des polnischen Staates programmässig gefordert hatte und von dem man die Erfüllung der polnischen Wünsche erhoffte, während man den Leitern der englischen Politik wenig Gunst für Polen zutraute.

Auf Betreiben Wilsons kam auch Paderewski nach Europa, welcher zu einer leitenden Rolle im neuen Polen ausersehen war. Gestützt auf die Freundschaft Wilsons und auf den Klang des eigenen Künstlernamens, der die Augen seines Volkes auf ihn zog, konnte Paderewski als eine Persönlichkeit gelten, welche geeignet war, an der Spitze der Nation zu wirken. Eine solche Persönlichkeit war auch nötig, da die Einigung des Volkes auf eine bestimmte Person nicht leicht zu erreichen war. Ueberraschend erschien Paderewski Ende Dezember auf dem Seewege in Danzig und begab sich am 26. Dezember von Danzig aus auf die Fahrt nach Warschau und zunächst nach Posen. Er reiste in Begleitung englischer Offiziere und Korfantys, welcher ihn in Danzig abgeholt hatte.

Die Nachricht vom Eintreffen Paderewskis war von vielerlei Gerüchten begleitet und erregte in der Bevölkerung der Stadt Posen, der sie von den Kanzeln zum Weihnachtsfeste verkündet wurde, eine begreifliche Aufregung. Da die Reise ohne vorherige Verständigung mit der deutschen Re-

gierung erfolgte, wurde versucht, Paderewski zu veranlassen, seinen Weg direkt von Alexandrowo nach Warschau fortzusetzen. Der deutsche Offizier, welcher diese undankbare Mission auszuführen hatte, konnte den Zug Paderewskis in Rogasen anhalten, musste aber den Weg freigeben, da die englischen Offiziere sich auf einen amtlichen Auftrag und auf die Genehmigung der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Spa beriefen. Ob eine solche vorlag, war nicht bekannt, doch war auch das Gegenteil nicht zu erweisen, darum war den Umständen nach kaum eine andere Entscheidung zu treffen, als den Zug weiter fahren zu lassen.

Der Jubel in Posen über die Ankunft Paderewskis war gewaltig, der ihm bereitete Empfang war königlich, die Fahrt vom Bahnhof ins Hotel im vierspännigen offenen Wagen glich einem Triumphzug. Eine dichtgedrängte Menschenmenge, Vereine und Innungen mit Fahnen unter Fackelbeleuchtung bildeten Spalier. Es folgten begeisterte Reden, die die Verwirklichung der nationalen polnischen Hoffnungen feierten. Der Aufenthalt dauerte bis zur Neujahrsnacht 1919. Ueber den eigentlichen Zweck der Reise wurde niemals etwas öffentlich bekannt gemacht, aber es sprach sich bald herum, dass Paderewski geäussert habe, es sei unsicher, ob die Entente in die Lostrennung preussischer Gebietsteile einwilligen werde, man werde jedoch den Polen dasjenige gewähren, was sie bis zum Friedensschluss militärisch besetzt haben würden. Ob Paderewski sich in diesem Sinne ausgedrückt hat, mag dahingestellt bleiben. Es ist nicht wahrscheinlich, dass eine solche Losung von ihm wörtlich oder umschrieben gegeben wurde, denn dies hätte den Absichten der Entente nicht entsprochen, welche eine Neuregelung der deutsch-polnischen Gebietsverhältnisse ohnedies beabsichtigte und eine bewaffnete Selbsthile unmöglich willkommen heissen konnte. Eine solche Losung hätte auch nicht dem vorsichtigwägenden Verhalten der Polenführer entsprochen, die — wie sich später herausstellte — auf den bald losbrechenden Aufstand keineswegs genügend vorbereitet waren. Korfanty z. B.

äusserte gelegentlich einer Beratung im Posener Oberpräsidium gegenüber dem auf deutscher Seite beteiligten Regierungsrat von Stein: „Wir haben es mit einer Verschiebung der Grenze gar nicht eilig, denn die Entente gibt uns, was wir wollen. Wir können Danzig haben, sogar Breslau!" Korfanty stützte sich bei seiner Auffassung allerdings nur auf französische Zusagen, diese lagen aber vor und es ist kein Anlass anzunehmen, die Aeusserung Korfantys habe nicht seiner wahren Meinung entsprochen.

Möglicherweise hat Paderewski erst nachträglich gemerkt, dass er die Begeisterung zum Ueberkochen gebracht hatte. Sicher ist nur soviel, dass mit Paderewskis Besuch in der Stimmung eine Wendung zum raschen Handeln plötzlich und mächtig auftrat. Die Wandlung war keineswegs in der Stadt Posen allein, sondern auch auf dem Lande zu spüren. Die Spannung war fieberhaft.

In der Stadt Posen waren damals an deutschen Soldaten noch einige 1000 Mann anwesend, da im Laufe des Monats Dezember mobile Truppenteile aus dem Felde in ihre Garnison zurückgekehrt waren, um dort demobilisiert zu werden. Diese Truppenteile, welche schon im Frieden in der Provinz Posen in Garnison gelegen hatten und dort ihr Rekrutierungsgebiet besassen, waren aus deutschen und polnischen Soldaten gemischt, wobei die deutschen zahlenmässig überwogen. Wäre alles planmässig gegangen, so hätten diese deutschen Mannschaften eine Stütze für die Behörden und die Regierung bilden können. Infolge der allgemeinen Auflösung trat jedoch bei den aus dem Felde heimkehrenden aktiven Truppen dieselbe Entwickelung ein wie vorher Anfang November bei den Ersatzbataillonen. Die deutschen Mannschaftsbestände verschwanden wie der Schnee im März. Nur die Tatsache, dass die Rückkehr der Posener Garnisonen erst kurz vor Weihnachten erfolgte, macht es verständlich, dass am 27. Dezember bei Ausbruch des Polenaufstandes noch verhältnismässig viele deutsche Soldaten in der Stadt Posen sich befanden. Wäre der Aufstand 14 Tage später ausgebrochen,

so ist mit Sicherheit anzunehmen, dass die Zahl der anwesenden deutschen Soldaten bedeutend kleiner gewesen wäre.

Am 27. Dezember liessen sich die deutschen Soldaten in Posen angesichts der Demonstrationen zu Ehren Paderewskis und angesichts der zahlreichen wehenden Ententefahnen zu einer wenig bedachten Kundgebung hinreissen. Sie veranstalteten — natürlich ohne Offiziere — am Nachmittag des 27. Dezember einen Umzug durch die Stadt und suchten die Ententefahnen, wo sie ihnen begegneten, zu entfernen. Die polnischen Fahnen liess man in Ruhe. Die meisten Teilnehmer am Umzug waren unbewaffnet, und auch zahlreiche Zivilisten hatten sich angeschlossen. Der Zug führte von der Grenadierkaserne nach dem Wilhelmplatz und sodann über die Theaterbrücke nach Jersitz zurück. Nachdem der Umzug die Berliner Strasse passiert hatte, fiel in der erregten Menge von irgendeiner Seite, man weiss nicht wo, ein Schuss. Es kam sogleich zu Tumulten und man sah im Publikum deutsche und polnische Soldaten mit Gewehrkolben aufeinander losgehen. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu regelrechten Feuerkämpfen, wozu Maschinengewehre und Handgranaten hervorgeholt wurden, es gab auch Tote und Verwundete, alles entwickelte sich instinktiv von selbst.

Im Polizeipräsidium, welches im Mittelpunkt der Tumulte lag, befand sich der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes Blankertz. Dieser ersuchte zum Schutz des Gebäudes das Feldartillerie-Regiment No. 20 um Hilfe und dieses stellte daraufhin einen Schutzposten mit zwei Maschinengewehren vor dem Hause auf. Während der Schiesserei auf dem Wilhelmplatz griffen die Maschinengewehre zeitweise ein, mit Schussrichtung nach der anderen Seite des Platzes zu, wo das Bazarhotel liegt, in welchem Paderewski und die englischen Offiziere wohnten. Nach polnischen Zeitungsberichten wurde das Bazarhotel planmässig unter Feuer genommen, jedoch schien es sich um

verirrte Kugeln, die das Gebäude trafen, zu handeln. Es war nicht zu erweisen, dass das Hotel absichtlich beschossen wurde, die Kugeln konnten auch von Polen herrühren, aber ärgerlich war der Vorfall unter allen Umständen, denn die englischen Offiziere betrachteten sich als unter dem Schutz des Völkerrechts stehend. Ob die englischen Offiziere den Auftrag hatten, nach Posen zu fahren oder nicht, war durch Anfrage beim Auswärtigen Amt und bei der Waffenstillstandskommission in Spa nicht festzustellen, da der Berliner Regierung amtlich nichts bekannt war. Die englischen Offiziere nahmen selbst am Abend des 27. Dezember den Charakter einer politischen Mission für sich in Anspruch und erhoben Protest gegen die Entfernung der englischen Flaggen und gegen das Schiessen auf der Strasse, wodurch sie und Paderewski lebensgefährlich bedroht seien. Dem englischen Obersten Wade wurde darauf durch den Oberpräsidenten von Eisenhart-Rothe mitgeteilt, dass er nach Auskunft des Auswärtigen Amts zu Unrecht in Posen weile und darum auf behördlichen Schutz als fremde Mission keinen Anspruch habe. Ein Schutz sei im Hotel Bazar, in welchem die englischen Offiziere ohne Zutun der Regierung Wohnung genommen hatten, tatsächlich unausführbar. Ausserdem sei es nicht festzustellen, ob die Kugeln, die ins Haus einschlugen, wirklich von Deutschen herrührten, zumal es sich nur um verirrte Kugeln gehandelt habe. Oberst Wade berief sich dagegen auf einen ausdrücklichen Befehl seiner Regierung, die ihm den Auftrag gegeben habe, über Posen nach Warschau zu fahren und in Posen zwei andere Mitglieder der Delegation, die aus der Schweiz und aus Oesterreich kämen, zu erwarten. Auf die Aufforderung des Oberpräsidenten, Posen zu verlassen, blieb er bei seiner Weigerung. Da die Behörden keine Macht in Händen hatten, war ein weiterer Schritt nicht möglich.

Nicht nur am Wilhelmplatz war an diesem Tage ein Strassengefecht im Gange, sondern abends noch ein zweites in der Gegend des Schlosses, und auch dieses endete mit einem

Misserfolge der deutschen Soldaten. Der Posten am Polizeipräsidium konnte am Abend des 27. Dezember gegen die Uebermacht, die das Gebäude umringte, sich nicht länger halten und zog auf Grund von Verhandlungen mit Vertretern der polnischen Bürgerwehr schliesslich mit Waffen in die Kaserne ab. Ergebnis der Ereignisse am 27. Dezember war, dass das Polizeipräsidium, das Generalkommando, das Schloss und der Bahnhof während der Nacht von polnischen Truppenteilen, die unter Führung von Offizieren standen, besetzt waren. Im Laufe des nächstfolgenden Tages (28. Dezember) machte die Besetzung der Stadt durch polnische Truppen weitere Fortschritte. Es waren die in den Kasernen verbliebenen Abteilungen polnischer Soldaten und die Bürgerwehr, welche in Aktion traten. Verschiedene Stadtteile wurden für den Verkehr gesperrt, das Regierungsgebäude, das Rathaus, die Post, das Telegraphenamt und das Zeughaus wurden militärisch besetzt, überall fanden umfangreiche Haussuchungen statt. Am Vormittag des 28. Dezember erschien im Generalkommando ein deutscher Unteroffizier und forderte den kommandierenden General auf, er möge die Stadt „stürmen“, es seien Leute genug dazu bereit. Ein anderer Unteroffizier mit gleichem Auftrag erschien im Gouvernement. Beiden wurde gesagt, sie möchten sich zunächst über die Zahl ihrer Gefolgschaft unterrichten und geordnete Vorschläge machen. Beide kamen am Nachmittag wieder und erklärten, sie sähen ein, dass es nicht ginge. Wenn auch unter den Soldaten mancher die Faust ballte und mancher gern anders gewollt hätte, es war unmöglich, in die Truppenreste Organisation und Führung zu bringen.

Am Nachmittag des 28. Dezember fanden stürmische Verhandlungen statt, an denen Vertreter der deutschen Behörden und des deutschen Volksrates, des Arbeiter- und Soldatenrates und des polnischen Volksrates teilnahmen. Die Leitung hatte der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, Dr. Rydlewski. Beschlossen wurde die Verhängung des Standrechts, die zeitweilige Aufhebung des Versamm-

lungsrechts, die Ernennung eines polnischen Stadtkommandanten, Verbot des Waffentragens auch für Soldaten ausser Dienst, sowie die Entfernung aller nicht notwendigen Offiziere. Der kommandierende General erklärte, sich der Abstimmung zu enthalten, gleichwohl wurden aber die Beschlüsse am 29. Dezember mit der Unterschrift des Generalkommandos veröffentlicht. Im allgemeinen Wirrwarr war dies nicht der einzige Irrtum, der entstand. Die militärische Gewalt über die Festung Posen ging auf diese Weise vertragsgemäss an die Polen über. Vom Morgen des 29. Dezember an wehte von allen öffentlichen Gebäuden die weiss-rote Flagge. Noch am selben Tage folgten Angriffe auf die von deutschen Truppen bewohnten Kasernen.

Am 30. Dezember erschienen aus Berlin Minister Ernst und Unterstaatssekretär Göhre in Posen, um nochmals mit den Polen zu verhandeln und eine Einigung zu versuchen. Beim Betreten des Oberpräsidiums wurden sie von der polnischen Wache festgehalten und erst nach einer Stunde durch den neuen polnischen Oberpräsidenten Trapczynski befreit. Herr v. Trapczynski liess es an Entschuldigungen nicht fehlen, doch war der ganze Vorfall offensichtlich eine wohlberechnete Willenskundgebung. Die Herren aus Berlin konnten nicht augenfälliger darüber belehrt werden, dass die deutsche Macht in Posen der Vergangenheit angehörte. Beide Regierungsvertreter nahmen am 30. und 31. Dezember an einer Reihe von Konferenzen teil. Von den Polen wurde insbesondere die Entfernung des Grenadierregiments No. 6 aus der Stadt Posen gefordert, weil die Bevölkerung wegen der Ereignisse des 27. Dezember sehr erbittert sei und weiteres Blutvergiessen vermieden werden müsse. Der anwesende Vertreter des Kriegsministeriums, Göhre, genehmigte dies, worauf der Abtransport der Grenadiere nach Schlesien stattfand. Von 1800 Mann, die vor den Feiertagen eingerückt waren, waren im ganzen noch 400 übrig, die abtransportiert werden konnten. Der Entschluss war kaum zu umgehen; die Wirkung auf die noch übrigen Soldaten blieb jedoch nicht aus.

Bei den Unterhandlungen im Oberpräsidium trafen Göhre und Korfanty zusammen, die als Abgeordnete manchmal im deutschen Reichstag zusammengestimmt hatten, wenn es galt, gegen die Polenpolitik der früheren Zeit Front zu machen. Die Gefährten von einst trafen sich als Gegner wieder. Augenzeugen erzählen, Korfanty habe sich beschwert, dass die deutschen Soldaten die polnische Bevölkerung schwer gereizt hätten und dadurch die Schuld an den Vorkommnissen trügen. Auf die Frage, worin das Reizen bestanden hätte, sagte Korfanty, die Soldaten hätten „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, worauf Göhre erwiderte, wenn er dabei gewesen wäre, hätte er sich für berechtigt gehalten, mitzusingen. So diametral entgegengesetzt waren die Auffassungen darüber, was man unter Aufreizen verstand. Die Besprechungen verliefen, wie vorauszusehen war, ergebnislos. Der Aufstand war im Gange. Auch die polnischen Führer hätten jetzt in die Speichen des rollenden Rades kaum mehr eingreifen können, ohne darunter zu geraten. Nachdem die zwei Bataillone Grenadiere Posen verlassen hatten, waren noch Teile des Regiments Jäger zu Pferde vorhanden, von denen aber der Korpsstabsveterinär meldete, dass nicht Leute genug zum Pferdefüttern da seien. Ferner war beim Feld-Artillerie-Regiment No. 20 für die Zwecke des Grenzschutzes eine Feldbatterie aufgestellt, deren angeworbene Mannschaften zum Teil aus Polen bestanden. Der Führer der Ersatzabteilung dieses Regiments war ein Zahlmeister, Offiziere gab es bei dieser Formation nicht. Was sonst in der Stadt vorhanden war, waren kleine Reste ehemaliger Verbände. Verwendungsfähige Geschütze waren in der Festung nicht mehr vorhanden.

Als erstes Bollwerk fiel das Kernwerk den Polen in die Hände, im Laufe der nächsten Tage bis zum 4. Januar folgten die übrigen Forts und Kasernen; auch der Truppenübungsplatz Warthe-Lager und der Flugplatz Lawica wurden von den Polen in Besitz genommen. Von den Polen gedrängt, marschierten die deutschen Soldaten meist ohne wei-

teres ab oder lösten sich auf. Da, wo es nicht schnell genug ging, halfen die Polen durch Abschneiden der Verpflegung und vor allem durch Besetzung der Garnisonbäckerei nach. Dass die deutschen Soldaten zum Widerstand und Handeln unfähig waren, erklärt sich ohne weiteres aus dem Mangel an Führung und Disziplin. Es erwies sich aufs neue als wahr, dass Massen nur mit guter Organisation ein Machtfaktor sind, und dass Massen ohne Organisation hilflos sind und lediglich Objekt für diejenigen, die Tatkraft haben!

Ende Januar verliessen der Oberpräsident und der stellvertretende kommandierende General mit seinem Stabe Posen. Eine Anzahl preussischer Beamter blieb noch die folgenden Monate über im Amt, bis die polnische Organisation sie nach und nach ablöste.

Die polnischen Truppen wurden nun mit grösster Eile vermehrt, so schnell und so gut es ging, und von Posen an den Bahnlinien entlang überall vorgeschoben. In dem Städtchen Jarotschin lagen Anfang Januar 1919 in der Kaserne noch zirka 130 deutsche Soldaten, während die polnischen Soldaten in stärkerer Anzahl einen anderen Teil des Gebäudes innehatten und alarmbereit gegenüberlagen. Die Deutschen hatten einen jungen Leutnant in den Rat genommen und liessen ihn formell führen. Tatsächlich trat dieser Offizier aber gar nicht hervor. Nachdem beide Truppen sich eine Weile bedroht hatten, ohne dass es zum Kampf kam, und die Einwohnerschaft über diesen Zustand reichlich beunruhigt war, wurde durch Verhandlungen den deutschen Soldaten der Abzug ohne Waffen bewilligt. Es war dies schliesslich der einzige Ausweg, nachdem der polnische Aufstand an anderen Stellen überall erfolgreich gewesen war und die 130 Soldaten in Jarotschin rings abgeschnitten waren. Die letzte Hauptrolle spielte ein Feldwebel, der ein eigenartiger Typus eines Soldatenratführers war. Er besass Beobachtungsgabe, hatte eine ziemlich ausgedehnte Kenntnis der Menschen und Dinge und wusste Bescheid über die geheim sich anbahnende Aufstandsentwickelung. Seine Art Führung

war jedoch mehr abenteuerlustig als zielbewusst. Er kam über eine allgemeine Verärgertheit ebensowenig hinaus, wie die meisten anderen, und zum wirklichen Führer reichte seine Persönlichkeit nicht.

In Lissa, welches nahe der schlesischen Grenze lag und eine stärkere deutsche Bevölkerung hatte, waren die Bedingungen andere als in dem weit östlich gelegenen Jarotschin. Es war jedoch auch hier deutscherseits nichts vorbereitet, um dem beginnenden Aufstand wirksam zu begegnen. Am 6. Januar, also fast zwei Wochen nach Beginn der militärischen Erhebung in Posen, war Stadtkommandant des wichtigen Eisenbahnknotenpunktes ein Hauptmann der Artillerie. Er verfügte über eine Feldbatterie zu vier Geschützen; ausserdem war eine Kompagnie des 7. Grenadierregiments dort, welche aus Oberschlesien soeben eilig dahin geworfen worden war. Die Kompagnie hatte noch einen Stamm aktiver Offiziere, die lange beim Regiment gewesen waren, auch die Mannschaften waren besserer Ersatz als der Durchschnitt, und trotzdem war es dem Führer fraglich, ob die Leute sich nicht unvermutet weigern würden, Dienst zu tun. Ein unbefangener Beobachter musste sich angesichts dessen fragen, wie es mit der Möglichkeit von Truppensendungen aus Deutschland bestellt sein mochte, wenn es so um den Gehorsam stand, und wenn alles, was man für den wichtigen Knotenpunkt Lissa erübrigen konnte, eine einzige Kompagnie war. Der Hauptmann und Stadtkommandant wurde von den verschiedenen Räten, welche es in der Stadt gab, dauernd in Anspruch genommen und die Verhandlungen mit den Räten füllten den grössten Teil des Tages aus, da die Zuständigkeitsfragen nicht zu lösen waren. Dass Lissa an jenem Tage oder dem darauffolgenden nicht genommen wurde, lag nicht an der Verteidigung, sondern an der Langsamkeit des polnischen Vormarsches, welcher in Gostyn Rast gemacht hatte. So gelang es dem Grenzschutz in letzter Stunde noch, sich zu verstärken und die Stadt Lissa bis zum Eintritt des Friedenszustandes zu halten.

V.

Kritik der Entschlüsse.

Durch den ganzen Zeitabschnitt vom Ausbruch der Revolution an bis zum Beginn des polnischen Aufstandes zieht sich wie ein roter Faden der stetige Wunsch der deutschen und preussischen Minister, zu einer Verständigung mit den Polen zu gelangen. Man erstrebte grundsätzlich eine Einigung auf der Basis der vorläufigen Aufrechterhaltung des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes (status quo). Dieses Ziel war nicht falsch, es war im Gegenteil völlig richtig, nur beging man den ersten Unterlassungsfehler, indem man kein Programm angab, zu dessen Verwirklichung der status quo erhalten werden sollte. Es bestand nicht genügend Klarheit über die Absicht der Berliner Regierung, den deutsch-polnischen Nationalitätengegensatz in Europa nach Rechtsgesichtspunkten auszugleichen.

Eine Lösung auf der Basis des Rechts hatte leider wenig Aussicht auf Verwirklichung, weil beide Völker, das deutsche sowohl als das polnische, für den Gedanken nicht reif waren und ihn trotz öffentlichen Bekennens im stillen als fragwürdigen amerikanischen Import betrachteten. Das gleiche gilt auch von den Franzosen, deren Auffassung den Versailler Frieden bestimmte. Man dachte auch nach der Revolution und nach der Verkündigung von Wilsons 14 Punkten noch durchaus nach den alten imperialistischen Rezepten, und es ist verständlich, dass die lebende Menschengeneration nicht umlernte und die Anschauungen nicht verleugnete, in denen sie aufgewachsen war. Wenn die nationale Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Polen überhaupt als Rechtsentscheidung fallen sollte, konnte dies den beiden Völ-

kern nur von aussen auferlegt werden, und leider war in Versailles niemand, der dies zu verwirklichen verstand. Waren Deutsche und Polen unter sich gelassen, dann konnte es nur eine Entscheidung der Faust werden; das musste jeder voraussehen, der bedachte, wie leidenschaftlich der Deutsche an dem ihm künstlich anerzogenen, seinem Wesen nicht entsprechenden Irrtum festhält, dass nur die Macht wirklich und die Idee im Leben unwirklich sei, und wie sehr der Pole alles von der Macht erwartet, freilich nicht aus lehrhaftem Denken, sondern aus spontaner Vorliebe für die Schwert-Romantik seiner Vorfahren.

Wenn man deutscherseits nicht von Anfang an auf eine Abstimmung lossteuerte, sondern eine abstimmungslose Entscheidung über Posen stillschweigend als notwendig annahm, so huldigte man dieser Auffassung aus verschiedenen Gründen. Es gab zwei entgegengesetzte Richtungen, die mit verschiedener Begründung zum gleichen Ziele kamen, eine Abstimmung für untunlich zu halten.

Die eine rechtsstehende Richtung forderte Posen im Namen des Rechts*), dachte jedoch, es im Namen der Macht zu behalten. Dies geschah nicht aus Unaufrichtigkeit, sondern weil man der Auffassung war, dass der Staat das „Recht" macht. Für die, welche auf diesem Standpunkt stehen, war die Folgerung unvermeidlich, dass man kein Recht auf Posen mehr hatte, wenn der Staat keine Macht mehr hatte, dieses Recht zu „setzen". Darum glaubte man, es habe keinen Sinn, ein von der Staatsmacht getrenntes Recht auf Posen zu suchen.

Die andere, linksstehende Richtung forderte Posen für die Zahlenmajorität**). Diese Richtung beging den umgekehrten Fehler, dass sie Posen den Polen auf Grund einer schätzungsweisen Zählung der Köpfe zusprechen zu müssen glaubte, ohne vorher eine Befragung der Köpfe zu fordern.

---

*) Anm.: z. B. von Kardorff in einer damals gehaltenen bemerkenswerten Rede.

**) Anm.: z. B. von Gerlach.

Dies geschah nicht aus Mangel an Vaterlandsliebe, sondern aus Irrtum über die Bedeutung der Zahl für die politische Bestimmung eines Volkskörpers. Man berücksichtigte nicht genug, dass politische Rechte sich mathematisch nicht feststellen lassen, weil die politische Psychologie, welche die Grundtatsachen für die Beurteilung solcher Ansprüche liefert, zu kompliziert ist.

Die Lage der Beamten, welche in Posen jeder Machtstütze beraubt zurückblieben, war darum besonders schwierig und trübe, weil auch das Berliner Ministerium, das vor der Revolution bestand, angesichts der militärischen Niederlage nur eine abstimmungslose Entscheidung über Posen in Betracht zog und kein Hehl aus seiner Meinung machte, dass wenig Wahrscheinlichkeit bestände, Posen abstimmungslos behalten zu können. Der eingangs erwähnte Fehler, dass man eine programmatische Erklärung darüber versäumte, welche Rechte auf Posen man geltend zu machen dachte, ist also nicht allein von der Revolutionsregierung, sondern auch von ihrer Vorgängerin, der Regierung Hergt, begangen. Die missliche Folge war, dass die Beamten in der Provinz nicht die Direktive erhielten: Posen muss gehalten werden; sondern dass man ihnen Weisung gab, ein Gebiet zu verwalten, auf welches man in der Zentrale die Hoffnung aufgeben zu müssen glaubte. Es ist kein Wunder, dass angesichts dessen nicht nur unter der deutschen Zivilbevölkerung von Posen, sondern auch unter den Beamten ein beklemmendes Gefühl sich breit machte, von der Zentralregierung verlassen zu sein.

In dieser Lage war es jedem Beamten anheimgestellt, in seinem Bereich mit den Polen einen modus vivendi zu finden, wenn er überhaupt seinen Platz behaupten wollte. Die einzige Hoffnung, die blieb, war die, auf dem Friedenskongress werde der Rechtsgedanke sich stärker erweisen, als man es vielfach annahm. Darum mussten die Beamten mehr oder weniger die polnische Taktik befolgen, sich auf die Selbstbestimmung der Nationalitäten in verschiedensten

Lagen zu berufen, um für die deutschen Minderheiten, die im Lande geblieben waren und die von den Polen abhingen, zu retten, was zu retten war.

Man musste sich im November 1918 fragen, ob die Entscheidung des Friedenskongresses über das Schicksal der Provinz Posen von den Polen ohne eine sie befriedigende Erklärung und ohne eine hemmend dazwischen tretende Militärmacht friedlich abgewartet werden würde, wie die Berliner Regierung es anstrebte. Dass dies fraglich war, verstand sich nach dem bisherigen Verhalten der Polen gegenüber dem preussisch-deutschen Staat von selbst. Die seelische Verfassung der Polen lag offen wie ein aufgeschlagenes Buch. Seit den Teilungen Polens hatten die Posener Polen niemals aus eigenem freien Willen zu Preussen gehört, und die Grundlage der preussischen Herrschaft war letzten Endes vom ersten Tage bis zum letzten das Militär gewesen. Sobald eine europäische Konstellation eintrat, die ihren Wünschen günstig schien, hatten die Polen in der Mehrheit stets einen beinahe schicksalhaften Zug zum bewaffneten nationalen Aufstand gezeigt. Mit dem Augenblick der deutschen Revolution war das militärische Fundament des deutschen Staatsgebäudes in Posen weggezogen. Konnte man darauf rechnen, das Gebäude werde sich im labilen Gleichgewicht solange halten, bis die Herren der Entente mit ihrem Frieden fertig waren? Auf jeden Fall musste man deutscherseits ein Ziel verfolgen und durfte nicht darauf warten, was die Polen tun würden. Man brauchte dabei keineswegs den Polen zu misstrauen, man musste nur Bedacht auf das Wohl des eigenen Volkes nehmen.

Es liegt kein hinreichender Grund vor anzunehmen, dass die polnischen Führer den Ende Dezember begonnenen Aufstand, so wie er zur Ausführung kam, von Anfang an geplant haben. Weil er so kam, musste er nicht so beabsichtigt gewesen sein. Es liegt insbesondere kein Anlass vor, alles dasjenige, was die Polen über ihre Absichten, dem Friedenskongress nicht vorzugreifen, aussprachen, als Lüge zu brand-

marken, lediglich darum, weil der Aufstand später tatsächlich erfolgte. Es versteht sich von selbst, dass man auf Seiten der Polen die Tatsache begrüsste, dass die Berliner Regierung militärisch ohnmächtig war, und dass man wünschte, dass dies so blieb. Jede Neuerrichtung einer gefestigten staatlichen Autorität, auch nur einer vorläufigen, bedeutete für die Polen einen Trumpf weniger im Endspiel, einerlei ob dieses am Verhandlungstisch, am Stimmkasten oder im Felde ausgetragen wurde.

Nach den vorliegenden Erfahrungen konnte die Regierung eine Rechtsentscheidung nur dann mit Erfolg abwarten, wenn es ihr gelang, ihr militärisches Uebergewicht wieder herzustellen. Andernfalls wusste niemand, was kam. Vorausgesetzt, dass die Regierung zuverlässige und brauchbare Truppen in genügender Anzahl besass, war es im November und Dezember 1918 zweifellos ihre Pflicht, Garnisonen nach der Provinz Posen zu legen so stark, als erforderlich, um die Autorität zu erhalten. Damit griff man den Entscheidungen des Friedenskongresses, der noch ganz in der Ferne lag, nicht vor. Die polnischen Zeitungen versicherten in vielen Leitartikeln, dass sie ihre Geschicke in den Händen der Entente wohl aufgehoben wüssten. Wenn man sich von beiden Seiten darauf berief, dass die Entente entscheiden werde, und wenn man obendrein eine Rechtsentscheidung forderte, konnte niemand etwas Triftiges dagegen einwenden, dass die bestehende Staatsgewalt in Posen einstweilen aufrecht erhalten blieb. Keinesfalls war es zweckmässig, sich das Land aus der Hand reissen zu lassen, dem man die Freiheit der Selbstbestimmung zu geben bereit war.

Verschieden war die Frage, wie die deutsche Regierung die Ueberzeugungen der Polenführer bewerten, und wie sie die Zukunftsaussichten beurteilen sollte. Ob die Gefahr eines polnischen Militäraufstandes bestand oder nicht bestand, hing jedenfalls nicht davon ab, ob die Polen schon bestimmte Pläne hatten. Die polnische Zusicherung, dass nichts geplant sei, konnte keine Unterlage für die Regierungsbeschlüsse

sein. Denn die Aufstandsgefahr bestand auch dann, wenn die polnischen Herren, die das Nichtbestehen solcher Absichten versicherten, gutgläubig waren. Diese Führer hatten es, wie man sich sagen musste, nicht in der Hand, was geschehen werde, und gesetzt den Fall, sie hätten eine Irreführung beabsichtigt, so konnte man ihnen dies nicht einmal vorwerfen. Man konnte von deutscher Seite nicht erwarten, dass die Polen ihre Karten aufdecken würden, und man musste das psychologisch Wahrscheinliche als polnischen Entschluss in Rechnung stellen. Die Entsendung von Truppen empfahl sich aus dem einfachen Grunde, weil eine Achtung gebietende Macht, die geschickt verwendet wurde, zur Ruhe und nicht zur Unruhe beigetragen hätte.

Konnte oder wollte man keine Truppen senden, so war gegenüber der polnischen Volksbewegung, die es gar nicht abwarten konnte, was die Zukunft bescheeren würde, Hopfen und Malz verloren. Jedes neue Verlangen nach Konzessionen, welches von polnischer Seite erhoben wurde, zeigte das Ungestüm und die Unbezähmbarkeit dieser Bewegung. Einen solchen Gegner durch Nachgeben nachgiebig zu stimmen, konnte nur eine Staatskunst erhoffen, welche mit der Psychologie nicht rechnete. Die Polen trieben dem Aufstande gleich einem Schicksal zu, wenn nicht eine Hemmung von aussen sich geltend machte. Als der Zeitpunkt da war, brach die Erhebung los, wie eine reife Frucht vom Baume. Der Aufstand selbst ging langsam vor sich, er begann am 27. Dezember in Posen und hatte am 7. Januar Lissa noch nicht erreicht. Er machte in den ersten Wochen durchaus das Bild eines improvisierten Unternehmens. Ohne die Riesenvorräte an Uniformen und Heeresgerät aller Art, welche die deutsche Heeresverwaltung in Posen aufgestapelt hatte, hätte die Einkleidung und Ausrüstung der polnischen Truppen noch weit improvisierter ausgesehen. Diese Vorbereitung für den Aufstand hatte also zu einem erheblichen Teil die deutsche Heeresverwaltung getroffen, durchaus gegen ihre Absicht!

Alle Erörterungen zwischen Berlin und Posen, die sich

um das Armee-Oberkommando „Heimatschutz", um die Sendung auswärtiger Truppenteile und um die Demobilmachung drehten, gipfelten in der Frage, ob man sich militärisch wieder zum Herrn der Lage in Posen machen konnte, und ob man dies anstreben solle, oder ob es besser sei, hierauf zu verzichten und den Polen diejenigen Konzessionen zu machen, die sie wünschten und die abzuschlagen man ohne Truppen nicht in der Lage war.

Die Beantwortung der Frage, ob die Entschlüsse der Regierung richtig oder unrichtig waren, ist heute leichter zu geben als damals inmitten der Ereignisse. Die begangenen Fehlgriffe sind in der deutschen öffentlichen Meinung jedoch oft falsch gedeutet worden. Die Berliner Regierung hat nicht verkannt, dass die Staatsgewalt in Posen ohne Militär ihr aus den Händen glitt, sie hat auf die Gründung des Oberkommandos und auf die „Grenzschutzorganisation", wie man diese nach dem 15. Dezember nannte, nicht verzichtet. Daraus geht hervor, dass die Regierung nicht vom guten Willen der Polen allein abhängen wollte. Die Regierung wünschte, in Posen die militärische Autorität wieder herzustellen, und es wäre falsch, ihr vorzuwerfen, dass sie für die Gefahr kein Auge gehabt hätte. Sie fühlte sich jedoch zunächst durch die Drohung der Abschneidung der Lebensmittelzufuhr zum Zurückweichen veranlasst. Man wollte lieber keine Truppen schicken, als die Polen durch abschlägige Antwort zum Lieferstreik zu reizen. Dieser Grund bestand tatsächlich, er war aber, wie dies zur Rechtfertigung der Staatsregierung hervorgehoben werden muss, nicht der einzige, den sie besass. Hätte die Regierung darum allein die Entsendung von Truppen unterlassen, so wäre der Fehler allzu offensichtlich gewesen. Die Regierung hatte für ihren Verzicht auf Truppensendungen den leider zutreffenden Grund, *dass sie brauchbare Truppen nicht besass.* Gegen die Verwendung unzuverlässiger und nicht genügend starker Truppen erhoben jedoch nicht nur die Polen, sondern auch das stellvertretende Generalkommando und der Oberpräsident Einspruch. Diese

Behörden stellten sich auf den Standpunkt, dass unzureichende Truppen den Brand entfacht hätten, ohne seiner Herr werden zu können. Ob der Verzicht richtig war, ist danach zu beurteilen, wie es mit den deutschen Truppen stand, und welche Truppensendungen von Berlin aus angeboten waren. Für Posen war im November ein Bataillon relativ zuverlässiger Truppen in Aussicht gestellt und nach den Landstädten sollten einige Schwadronen Kavallerie geschickt werden. Es gehörte nicht viel Prophetengabe dazu, um vorauszusehen, dass Truppen von so schwacher Zahl und so schwacher innerer Verfassung nicht viel nützten, und dass sie bei der bestehenden grossen Aufregung Streitigkeiten hervorgerufen hätten, die aussichtslos waren und mit denen niemand gedient sein konnte. Es war daher gewiss nicht falsch, die Transporte anzuhalten.

In der deutschen Oeffentlichkeit hört man zwar meist die Auffassung vertreten, man hätte versuchen müssen, mit dem was man hatte, auch wenn es wenig war, etwas auszurichten, schon um sich den Vorwurf zu ersparen, dass man nicht den Versuch gewagt habe. Diese Gedankengänge sind jedoch rein soldatisch. Der Soldat sucht in misslicher Lage die subjektiv als befreiend empfundene Tat. Eine Regierung dagegen muss sich zurückhalten, wenn das Handeln zwecklos ist. Kühl beurteilt, konnte man im November 1918 von einzelnen Bataillonen und Schwadronen sich nichts versprechen. Man erlebte die Tragödie einer Armee, deren Disziplin auf Autorität aufgebaut war, der die Autorität alles bedeutet hatte, und die ohne Autorität verloren war. Die Streitfrage, ob man Truppen senden solle oder nicht, wäre gar nicht aufgetaucht, wenn das Oberkommando seine Sendungen nach Punkten ausserhalb der gefährdeten Zone dirigiert hätte. Letzten Endes entstand die für den deutschen Stolz demütigende Notwendigkeit, die Transporte anzuhalten, dadurch, dass die Dispositionen des Armee-Oberkommandos die politische Lage von Anfang an nicht genug berücksichtigten.

Die Frage, ob Posen durch Truppensendungen zu halten

gewesen wäre oder nicht, wurde in einer Staatsministerialsitzung am 5. Januar 1919 in Gegenwart des Oberpräsidenten und des zum Posener Generalkommando gehörenden Obersten Freiherrn von Gersdorff erörtert. Bei dieser Gelegenheit kam die bekanntgewordene schmerzliche Aeusserung des Ministers Ernst zur Sprache, dass vielleicht 14 Tage früher militärische Hilfe noch möglich gewesen wäre, damals Anfang Januar aber nicht mehr. Der Kriegsminister verneinte es, dass militärische Hilfe 14 Tage früher möglich gewesen sei. Auf die Frage, ob solche Hilfe vier Wochen früher oder irgendwann möglich gewesen sei, verneinte er auch dies kategorisch; es sei niemals möglich gewesen; der Generalstab werde dies einmal klar erweisen. Der anwesende Chef des Stabes, Major von Willisen, wurde nach der Sitzung von dem zum Oberpräsidium gehörenden Oberregierungsrat Schilling befragt, ob denn nicht mit 50 000 Mann zuverlässiger Truppen mit nötigem Kriegsgerät und Automobilen die Provinz in wenigen Tagen zurückgewonnen werden könne. Er erwiderte mit dem bekannt gewordenen Ausspruch: „Wir haben weder die Truppen noch die Automobile; die sind in Reparatur." Auf die Frage Schillings, was er zu tun gedenke, erwiderte Willisen, er werde immer wieder durch Entsendung kleiner Abteilungen den Versuch machen, ob die Truppen Stand hielten. Die Unmöglichkeit militärischer Abhilfe konnte nicht klarer zum Ausdruck kommen.

Eine der umstrittensten Fragen ist die, ob falsche Informationen daran schuld waren, dass die Regierung nicht zu erfolgreichem Handeln gelangte. Der Landwirtschaftsminister Braun hat in einer damals abgehaltenen Staatsministerialsitzung dem Unterstaatssekretär von Gerlach vorgeworfen: „Hätten Sie uns anders berichtet, wären wir zu anderen Entschlüssen gelangt." Gemeint war damit, Gerlach habe eine gefährliche Lage allzu ungefährlich geschildert. Das vor Zeugen gefallene Wort Brauns hat den Anlass zu einem Kranz von Legenden gegeben, wonach ohne Gerlach alles anders gekommen wäre.

Worin die Schwäche der von Gerlach vertretenen Ansicht zu suchen ist, ist auf Seite 50 schon erwähnt. Seine Berechnung war von politischer Dogmatik nicht frei, doch auch die seiner Widersacher war es nicht, wiewohl sie in entgegengesetzter Richtung verlief. Es kann im übrigen dahingestellt bleiben, wie weit Gerlachs Berichte zutrafen, denn sie waren nicht die einzige Quelle, die zur Verfügung stand. Wenn die Regierung, auf anderen Nachrichten fussend, den Wunsch empfunden hätte, etwas Durchgreifendes zu tun, was konnte geschehen? Man hatte ja keine Truppe, die man senden konnte, man konnte äussersten falls das Volk zur Bildung von Nationalgarden aufrufen. Dazu hätte man sich jedoch nie entschlossen, denn die Besorgnis bestand, dass an Stelle roter Garden, die man haben wollte, weisse entstanden, die man nicht wollte. Nicht Gerlach zuliebe müssen daher seine Person und sein Bericht aus der Reihe der Ursachen am Verlust Posens ausscheiden, sondern der Wahrheit zuliebe. Die Legende von der Rolle Gerlachs entstammt der menschlichen Vorliebe, den Schlüssel zu Katastrophen in äusseren zufälligen Umständen zu suchen. Demgegenüber ist daran festzuhalten, dass die Ursachen der Katastrophe keine zufälligen gewesen sind.

Es fragt sich, wenn die Truppenverhältnisse so waren wie geschildert, ob nicht die Begeisterung des Volkes für die Wiederherstellung der deutschen Staatsautorität in Posen auf andere Weise zu gewinnen war. Auch wenn man keine Truppen hatte, blieb doch die Möglichkeit, die erforderliche Anzahl brauchbarer Soldaten dadurch auf die Beine zu bringen, dass man den Patriotismus an richtiger Stelle erregte und ihm neue Symbole schuf, wie der Deutsche sie braucht. Ein Versuch dazu wurde mit der Gründung des Armee-Oberkommandos „Heimatschutz Ost“ gemacht. Der Name war eigens gefunden, um an ein Gefühl, das jedem teuer sein musste, zu appellieren. Diese Kommandobehörde war jedoch gegründet von Generalstabsoffizieren, die nach den militärischen Misserfolgen gegen die Entente kaum die

Möglichkeit hatten, die Volksbegeisterung zu entflammen. Dazu hatte der Generalstab schon zu lange und zu erschöpfend die Opferwilligkeit des Volkes während des Krieges aufgepeitscht, und alle Opfer waren umsonst gewesen. Wenn jetzt eine neue Begeisterung hervorgerufen werden sollte, musste eine andere Stelle sie entzünden. Die durch die Revolution an die Spitze des deutschen Volkes gerufenen Männer wären die nächsten gewesen, dies zu tun. Sie betrachteten das Armee-Oberkommando „Heimatschutz“ jedoch nicht als ihr Werk, sondern als etwas, was sie mit in den Kauf nehmen mussten, und setzten sich für diese Organisation nicht wie für eine eigene Sache ein. Infolgedessen geriet sie in den Widerstreit verschiedener Parteieinflüsse und es kam gleich anfangs nicht viel heraus. Die Offiziere, die das Oberkommando leiteten, vermochten ihrerseits aus der deutschen Volksbewegung neue Kräfte nicht zu schöpfen, auch zeigte die Benennung, welche man der Behörde gab, dass man politisch nicht glücklich beraten war.

Der Name „Heimatschutz“ war so störend für die Sache, dass er nicht zum wenigsten dazu beitrug, die Behörde zu hemmen. Er war ein Beispiel dafür, wie wenig man sich auf die europäische Oeffentlichkeit einzustellen wusste. Wenn man die Behörde „Heimatschutz“ nannte, schrieb man es über dem Portal an, dass die Einrichtung gegen die Polen gegründet sei. Dass Ministerpräsident Hirsch am 15. Dezember den Namen „Heimatschutz“ amtlich in „Grenzschutz“ umändern musste, war eine diplomatische Niederlage, die man hätte vermeiden können, weil sie vorauszusehen war. Das Richtige wäre gewesen, überhaupt keinen Zweck der Gründung zu einer Benennung zu verwenden, da jede Zweckangabe zu Missverständnissen führen musste.

Man kann auch nicht zugeben, dass der Name für das deutsche Volk werbekräftig war. Wenn jemand im Jahre 1914 die Parole „Heimatschutz“ für einen Freiwilligenverband ausgegeben hätte, alsdann hätte diese gezündet. Im November 1918 konnte der Appell zum „Schutz der Heimat“

für deutsche Ohren nicht mehr imponierend klingen. Ehedem hatte man die Verbände „Alpen-Korps", „Karpathen-Korps" und ähnlich genannt, jetzt war man beim „Armee-Kommando Heimatschutz" in rückläufiger Bewegung angelangt. Ein zugkräftiger Aufruf konnte, wenn überhaupt, nur von der Volksregierung ausgehen, und von dieser Seite ist der Appell nicht gekommen.

Man hat gegen die Männer, welche damals als Volksbeauftragte am Ruder standen, den Vorwurf erhoben, es sei ein Verbrechen an sich gewesen, die Revolution in jenen Novembertagen zu machen, und am schlimmsten habe dieses Verbrechen in der Ostmark gewirkt. An dieser Auffassung ist die Steigerung zutreffend, dass wohl nirgends infolge der Revolution mehr Schaden entstanden ist, als in Posen. Im übrigen aber ist es notwendig, wenn man dieser Auffassung entgegentreten will, den Stier bei den Hörnern zu fassen: Es ist nicht zutreffend, dass die Revolution von den Sozialistenführern gemacht worden ist. „Revolutionär" ist die sozialdemokratische Partei immer gewesen und wenn auch während des Krieges ihr Weizen blühte, so war dies mehr eine Wirkung des Krieges und der Kriegsverhältnisse, als deren eigenes Werk. Die Front hätte ebenso noch ein Jahr länger halten können, wären die Truppen nicht abgekämpft gewesen. Von einer Veranstaltung der Revolution durch die Sozialistenführer könnte man daher nur dann sprechen, wenn sie den Zeitpunkt der Revolution gewählt und bestimmt hätten. Letzteres war aber zweifellos nicht der Fall. Die Revolution brach gleich einem Naturereignis herein als eine Wirkung der militärischen Niederlage, die wiederum eine Folge des Versagens der deutschen Staatskunst und des herrschenden Systems war. Die Kriegführung ist nur ein Mittel der Politik, und weil die deutsche Staatskunst nichts leistete, mussten ihre Heere und Feldherren trotz titanenhafter Anstrengungen unterliegen. Die militärischen Leistungen der Deutschen im Weltkriege hätten trotz mancher Mängel und Fehler ausgereicht, um den Krieg

zu einem befriedigenden Kompromiss zu führen. Dasjenige, was alle Möglichkeiten verdarb, war die deutsche Staatskunst. Für deren Beurteilung macht es allerdings keinen Unterschied, ob sie in Händen verantwortlicher Minister oder in Händen einzelner Generalstabsoffiziere sich befand, wie es im Kriege teilweise der Fall war. Es war darum zwingende Logik, dass die militärische Niederlage den bestehenden Staat umwarf, weil seine Staatskunst der Urheber der militärischen Niederlage war. Nicht die Heimat hat die Armee revolutioniert, sondern umgekehrt haben die Soldaten die Verhältnisse der Heimat umgewälzt. Wenn von Seiten der Sozialisten geltend gemacht wurde, dass sie nicht den Wunsch hatten, die Revolution in jenem Zeitpunkt zu machen, sondern dass diese in einem Augenblick eintrat, der ihnen unerwünscht war und unerwünscht sein musste, so dürfte diese Behauptung schwer zu widerlegen sein. Dass die Umwälzung fast auf keinen Widerstand bei der nichtsozialistischen Bevölkerung stiess, spricht sogar für diese Behauptung. Denn Wirkung löst Gegenwirkung aus, an beiden hat es aber gefehlt. Die Sozialistenführer übernahmen die Regierung mitten im Zusammenbruch, weil jemand sie übernehmen musste. Hätten sie sich nicht an der Regierungsbildung beteiligt, hätte die Welle den alten Staat auch ohne sie hinweggespült.

Es offenbarte sich auch an den Räten, dass die deutsche soziale Revolution nicht aus rechnender Absicht entsprang. Die ganze Bewegung war nichts planvoll Erdachtes zwecks Ersetzung einer Staatsordnung durch eine bestimmte andere. Es waren triebhaft dunkle Motive, welche die Massen jagten. Man wusste ja nicht, wie das Unheil hereingebrochen war, und wen man beschuldigen sollte. Man empfand nur in dumpfem Unmut, dass es so nicht bleiben konnte, wie es war. Das ganze vollzog sich wie ein Naturgeschehen, wie ein Dammbruch, der eine stille Fläche zum verheerenden Strom werden lässt, oder wie eine tektonische Verschiebung, vor der die Erde erbebt. Einem solchen Ereignis gegenüber versagt die Frage, ob die Revolution gerechtfertigt war oder nicht. Man

kann keine Gründe, sondern nur Ursachen untersuchen. Spätere Geschlechter, die den Ereignissen ferner stehen, werden zweifellos das logische Moment in diesem riesenhaften Zusammenbruch mehr bewerten können, als die Zeitgenossen, bei denen Not und Sorge vorherrscht, und welche vielfach unter dem Eindruck stehen, dass sie eine Wendung zum besseren nicht mehr erleben werden.

Jene Männer, die im November und Dezember 1918 am Steuerruder der deutschen Geschicke waren, kann man nicht verantwortlich machen dafür, dass der deutschen Staatsmacht in Posen am 10. November die militärische Grundlage weggezogen wurde. Man kann nur die Frage stellen, ob sie alles getan haben, was geschehen konnte, um das Fundament der Autorität *vorläufig wieder herzustellen*, ehe das Haus einfiel und weiterer Schaden entstand. Eine solche Wiederherstellung war angesichts des Zustandes der Truppen vielleicht möglich, wenn die Volksbeauftragten an den Patriotismus zu appellieren den Entschluss fanden. Es musste das Ziel der Volksregierung sein, den Patriotismus neu zu beleben und nutzbar für Posen zu machen. Das war aber nur möglich, indem man ihm neue Symbole erfand, wie sie den Zeitumständen entsprachen. Die alten Wahrzeichen waren nicht mehr zugkräftig, sie versinnbildlichten den alten Staat, der nicht mehr war, und konnten den andern Männern darum keine Dienste leisten. Ganz ohne Symbole wäre es jedoch auch nicht gegangen; ohne solche ist kein patriotischer Zug im deutschen Volke zu erwecken. Der Deutsche hat die Schwäche, dass es ihm an Staatssinn fehlt und dass er vermittelnder Symbole bedarf, an die sein Patriotismus sich anklammert. Es ist dies ein Zug im deutschen Wesen, der im Auslande nur wenig verstanden wird und der oft zu falscher und auch ungerechter Beurteilung der Deutschen Anlass gibt. Er erklärt es, dass der deutsche Patriotismus bisweilen wie erstorben scheint, wenn Symbole ersterben, die bisher gegolten haben, und neue noch nicht an die Stelle getreten sind. Die Symbole spielen im deutschen Patrio-

tismus eine ähnliche Rolle, wie der Bilderdienst in gewissen religiösen Kulten. Die Gläubigen verehren bald dieses, bald jenes Bild, aber der Sinn, der hinter den Gleichnissen steht, bleibt ihnen verborgen. So kultiviert der Deutsche Empfindungen für die Sinnbilder der Vaterlandstreue, welche sein Gau, seine Partei, seine Zunft, seine Truppe oder sein Ressort ihm bieten, und er merkt es nicht, dass solche „Mannentreue“ schliesslich die eigene Persönlichkeit verwischt, wenn sie auf die Spitze getrieben wird, und dass dann derjenige, der sie betätigt, Gefahr läuft, sich selbst untreu zu werden und dem Reich, dem er treu sein will.

M. E. ist dies der schwache Punkt in den Entschlüssen der damaligen Regierung, dass man nicht den Versuch gemacht hat, die schlummernden Kräfte patriotischer Begeisterung durch neue Wahrzeichen neu zu beleben und sie dadurch sich dienstbar zu machen. Man blickte statt dessen scheu nach dem Nationalismus hin, man fürchtete in ihm den innerpolitischen Widersacher und kam nicht auf den Gedanken, ihn für sich aufzurufen, wohl deswegen, weil man sich nicht zutraute, ihn bändigen zu können. Die Sorge, wie ein jeder s e i n Schiff durch das stürmische Wasser steuern werde, machte sich geltend. Die Besorgnis, es könnten weisse Garden sich bilden und das innerpolitische Konzept stören, lag sicherlich den Regierenden nahe. Und das ist wohl die tiefste Schwierigkeit gewesen, warum es nicht zu einem Appell an die nationalen Instinkte kam. Leider lagen — wie meist — die Wurzeln der Schwierigkeiten auf beiden Seiten.

Die deutsch-polnischen Gegensätze waren ihrem Wesen nach ein Stück Aussenpolitik, wenn sie sich auch innerhalb der Grenzen abspielten, denn sie behandelten das Verhältnis des deutschen Volkstums zu einem europäischen Nachbarvolke. Diesen Wesensunterschied zwischen dem Posener Problem und anderen Fragen der inneren Politik empfanden die regierenden Männer jener Tage zweifellos. Darum fand man es ungelegen, gezwungen zu sein, dazu Stellung zu nehmen. Offensichtlich war man froh, wenn man von Posen mög-

lichst wenig hörte, weil es schwierig war, eine richtige Orientierung zu gewinnen, die mit der inneren Politik sich in Einklang bringen liess. Unmöglich war es keineswegs, das, was für die Sicherung Posens zweckmässig war, und das, was nach innen hin zweckmässig war, in Uebereinstimmung zu bringen, vor einer Antwort wich man jedoch aus. Man lebte in jenen Tagen von der Hand in den Mund. Man glaubte gern, was man wünschte, nämlich dass die Lage in Posen sich schon von selbst wieder einrenken werde. Unverkennbar sind die beruhigenden Berichte des Wolffschen Telegraphenbureaus über die Lage in Posen im Dezember 1918 so zu deuten. M. E. wäre es aber ungerechtfertigt, wollte man die Sozialistenführer im Gegensatz zu anderen Schichten des Volkes eines grösseren Mangels an Patriotismus wegen ihrer Haltung in den damaligen Tagen beschuldigen, denn auch in besseren Zeiten hatte die Polenpolitik von der Hand in den Mund gelebt.

Ob die Polen von ihrem Standpunkt aus nicht besser daran getan hätten, die Entscheidung in Paris abzuwarten und ihrerseits Volksabstimmung zu fordern, sei dahingestellt. Ihre Aussichten bei einer Abstimmung waren keineswegs ungünstig, und wenn es nicht zu einer Abstimmung kam, so hatten sie in Paris alle Aussicht, gut wegzukommen. Ob durch den Aufstand ein politischer Gewinn erzielt wurde, der den Polen nicht ohnedies zugefallen wäre, ist zweifelhaft. Der polnische Standpunkt war auch nicht frei von Widersprüchen. Obwohl man die Politik der Faust offiziell verurteilte, machte man sich deren Grundgedanken doch selbst zu eigen, indem man losschlug und Forderungen erhob, welche auf die Selbstbestimmung der Deutschen keinerlei Rücksicht mehr nahmen. Den polnischen Forderungen nach Selbstbestimmung konnten auch Deutsche grundsätzlich zustimmen, dagegen hatten die Polen mit dem beschrittenen Wege des Aufstandes und mit der Forderung nach abstimmungsloser Einverleibung deutschen Staatsgebiets den Weg einer Rechtsentscheidung des Nationalitätengegensatzes ver-

lassen. Es lag nun einmal im polnischen Wesenszug, dass die romantische und verlockende Lösung des Militäraufstandes ihnen zwingender war, als kühl rechnendes Abwarten. Es lag an den Deutschen, dass wider alles Erwarten keine Schranken vor ihre Neigungen sich legten. Wäre eine Hemmung eingetreten, welche den Polen das bewaffnete Losschlagen untunlich erscheinen liess, und wäre eine Abstimmung nach gerechten Bedingungen auch in Posen und Westpreussen erfolgt, wäre die Auseinandersetzung der uralten nachbarlichen Gegensätze für beide Völker vollkommener und zukunftsverheissender gewesen. So blieb vieles offen, was damals hätte beigelegt werden können.

Schluss.

Die Entwicklung Europas seit dem Versailler Frieden, der Posen und Westpreussen bis auf kleinere Teile abstimmungslos Polen zuschrieb, ist noch mitten im Fluss und erlaubt noch keine abschliessende Meinung. Nach dem bisher Erlebten ist festzustellen, dass, indes die äusseren Lebensumstände wechseln, die Grundlinien der Völkerschicksale sich wenig wandeln. Das alte Polen hatte sein Antlitz nach Osten gewandt, das neue hat es auch. Das alte Polen war kriegerisch, das neue ist es auch. Das alte Polen hatte nach allen Seiten viele ungelöste Grenzfragen, das neue Polen ebenso. Die polnische Politik seit dem Friedensschluss ist mit der französischen Staatskunst in Europa so identifiziert, wie die keines anderen neu geschaffenen Staates. Gerade diese innige Verknüpfung wird jedoch zur Folge haben, dass Wendungen in der französischen Politik solche der polnischen von selbst nach sich ziehen, und dies eröffnet für das Verhältnis Polens zu Deutschland völlig offene Perspektiven.

Was die internationale Lage anlangt, so pflegt man die Aussichten Deutschlands als vorwiegend durch zwei Um-

stände gehemmt zu betrachten: die Entwaffnung und die Reparationslasten.

Diese vom siegreichen Feinde erzwungenen Beschränkungen sind in der Tat ein gewaltiges Hindernis auf dem Wege zu besseren Zeiten hin. Die deutsche Politik kann sich nicht mehr auf ihre Armee stützen wie einst. Zu berücksichtigen bleibt aber, dass eine achtunggebietende Staatskunst keineswegs nur mit Hilfe der allgemeinen Zwangsdienstpflicht möglich ist, wie zahlreiche andere Völker es beweisen. Auch sind die ungelösten Fragen für Deutschland vorwiegend solche der Selbstbestimmung, und diese werden nicht mit Waffen mehr entschieden. Endlich ist zu bedenken, dass der frühere Zustand, bei dem Deutschland alle seine Mittel und Kräfte für sein Bestehen immer von neuem einzusetzen gezwungen war, auf die Dauer nichts Gutes verheissen konnte. Völker, die in solcher Lage leben, verfallen leicht einem unfruchtbaren Militarismus, wie dies auch Yorck in seiner „Weltgeschichte in Umrissen" (8. Aufl. S. 38) durchaus richtig hervorhebt. Darum hätte eine Einschränkung der Militärdienstpflicht, wenn sie unter würdigen Umständen erfolgte, im öffentlichen Interesse gelegen.

Bei Beurteilung der finanziellen Verpflichtungen ist zu berücksichtigen, dass Volkswirtschaft und Privatwirtschaft sehr verschieden sind und dass Geldverlegenheiten des Staates überwindlich sind. Der Staat ist die Existenzform der Gesamtheit, er ist kein Individuum, obgleich oft so mit ihm gerechnet wird, als ob er ein Einzelwesen wäre. Seinem Leben und Wirken ist kein Ziel in der Zeit gesetzt, wie dem Wirken der Menschen.

Beide Hemmnisse, die Rüstungsbeschränkungen und die finanziellen Lasten sind ihrem Wesen nach äusserliche, sie sind darum nicht ewig und unabänderlich, früher oder später wird diese Bahn einmal wieder frei.

Unabänderlich ungünstig ist dagegen Deutschlands geographische Lage, weil die Gegner es allzu leicht haben, sich gegen Deutschland zu verbünden. Sie liegen im Um-

kreise herum, und eine schnelle Verständigung genügt, um den Ring zu schliessen. Seit dem Augenblick, in welchem ein Militärstaat mit Berlin als Hauptstadt entstand, war diese Bedrohung stets vorhanden. Friedrich der Grosse hat vier Kriege gegen diese Gefahr geführt, ohne sie in späteren Lebensjahren als beseitigt betrachten zu können. Er musste vielmehr unausgesetzt besorgt sein, dass eine feindliche Koalition wiederkehrte. Die Nachteile der geographischen Lage und Preussens schwache wirtschaftliche Hilfsquellen liessen den König am Ende seines Lebens sogar daran zweifeln, dass Preussen die natürlichen Bedingungen zu einer europäischen Grossmacht habe.

Seitdem Preussen das Reich gründete und Berlin deutsche Hauptstadt wurde, sind die wirtschaftlichen Hilfsquellen in ungeahntem Masse erstarkt, gleichzeitig aber die der übrigen Umwelt quantitativ noch mehr. Die Bedingungen haben sich zwar verschoben, die Gesamtlage ist aber für Deutschland nicht leichter geworden, als sie am Ende des 18. Jahrhunderts für Preussen war. Auch Bismarcks Sorge war stets das Gespenst einer europäischen Koalition gegen Deutschlands Grossmachtstellung, und es ist bekannt, welchen Wert er deshalb auf die Ausschaltung Russlands aus den Reihen der Gegner legte. Bismarck wusste, dass Deutschland in Gefahr war, trotz seiner Stärke! Erst die Wilhelminische Zeit beging den Fehler, sich nach keiner Seite hin binden zu wollen, weder zum russischen noch zum englischen System hin. Man wollte zuviel und überschätzte die eigenen Kräfte. Man war jedermann im Wege und sah darum bald alle gegen sich vereinigt.

Die geographische Lage wird in der Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit *eine gute Staatskunst* erfordern. Leider hat das Geschick dem deutschen Volke die Gabe des Staatssinns nur dürftig zugeteilt, und dies ist Deutschlands schlimmste Hemmung. Der schwächste Punkt der Begabung hat den stärksten Erfordernissen standzuhalten. Diese Benachteiligung ist nicht von aussen auferlegt, sie

5*

kommt von innen her und niemand wird sie für leicht änderbar halten, der sich bewusst ist, wie sehr die Grundzüge des Menschencharakters sich gleich bleiben. Zu Pessimismus ist aber trotzdem kein Anlass. Auf Gleichheit der Lebensgeschicke kommt es im Völkerleben wie auch im Leben des einzelnen nicht an, die Rollen der Völker auf der Erde sind verschieden. Politische Grösse wird nicht durch Ueberschreiten der natürlichen Bedingungen erreicht, sondern durch höchste Leistung eines jeden Volkes mit seinen Gaben. Nicht Auflehnung gegen die Natur, sondern Einklang mit der Natur führt zur Höhe empor. Die Bedeutung der Völker — nebeneinander — ist inkommensurabel.

Das deutsche Volk ist jung an Tatkraft und hat die Gabe einer nie ermüdenden Initiative gegen alle Not des Lebens. Wenn es zur Staatskunst sich halbwegs emporzuarbeiten vermag, ist kein Grund zu erkennen, warum nach grossem Unglück das Glück ihm nicht wieder winken sollte. Das Glück schenkt seine Gunst denen, die die grössere Kühnheit und Kraft besitzen, es zu meistern. Aber nicht der ist der Kräftigste, der sich von Stimmungen regieren lässt, auch wenn diese noch so vaterlandsliebend empfunden sind, sondern der, welcher mit dem Verstande darüber siegreich bleibt. Kraft ist in doppelter Richtung nötig: zur staatsmännischen Tat und zum vorausgehenden Erkenntnisakt. Denn die Erkenntnis des Zweckmässigen ist nicht eine mühelose Eingebung, sondern das Ergebnis harter Arbeit, die nur denen Lohn verspricht, die sie nicht scheuen.

Damit ist ein Gegensatz ausgesprochen gegen jede Art Gefühlspolitik, einerlei ob solche von Militaristen oder von Pazifisten ausgeht. Nicht das Gefühl entscheidet, sondern die Erfahrung; nicht der Ehrgeiz, sondern die Zweckmässigkeit. Möge auf neuen Denkgrundlagen eine neue Staatskunst erwachsen, die die Selbstbestimmung des deutschen Volkes verwirklicht, ihm die Geschlossenheit gibt, die es benötigt, und die Geltung, die ihm zukommt!



Preußische Jahrbücher

Begründet von R. Haym, fortgeführt von
Heinrich v. Treitschke u. Hans Delbrück

Herausgeber:

Dr. WALTHER SCHOTTE

Die Preußischen Jahrbücher
wollen alle Gebiete des wirklichen und geistigen Lebens der Gegenwart, die Wissenschaft nach ihren verschiedenen Bezirken und Richtungen, die Kunst nach ihren hervorragendsten Leistungen, die technischen und die industriellen so gut wie die politischen und sozialen Bestrebungen der Zeit ins Auge fassen, getreu der Aufgabe, die ihnen ihr erster Herausgeber, Rudolf Haym vor 63 Jahren programmatisch vorzeichnete.

Preis vierteljährlich Mk. 22.50

Einzelhefte Mk. 8.30

VERLAG VON GEORG STILKE, BERLIN NW. 7.

Werkstätten für Buch- u. Kunstdruck J. S. Preuss, Berlin S. 14, Dresdener Str. 43

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DD Coester, Robert
491 Die Loslösung Posens
P88C6

